

# Commer

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.  
 Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.  
 Einzel-Abonnement pro Quart. franco aeg. franco 1 Mk.  
 Postzeitungssatz: Nr. 1720.  
 Verantwortl. Redakteur u. Verleger: E. Käßler, Rixdorf.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,  
 Engel-Ufer 15. Telefon: Amt VII, 8848.  
 Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 5-7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.  
 Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Anzeigen:  
 die 3 gespaltene Zeitspalt 40 Pf. Im Abonnement  
 entsprechender Rabatt.  
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 9.

Berlin, den 26. April 1903

7. Jahrg.

## Bekanntmachung.

Die 3. General-Versammlung des Verbandes, welche vom 11. bis 16. April in Hamburg tagte, beauftragte nachstehend benannte Kollegen mit der Erledigung der Verbandsgeschäfte:

Als 1. Vorsitzenden Oswald Schumann, Berlin, Engel-Ufer 15, 11, Zimmer 13.

Als 2. Vorsitzenden Carl Alboldt, Berlin.

Als Sekretär Otto Schulzki, Berlin.

Als Kassierer Carl Käßler, Berlin, Engel-Ufer 15, 11, Zimmer 13.

Als Redakteur Johann Dreher, Berlin, Engel-Ufer 15, 11, Zimmer 13.  
 Der Sitz des Verbands-Ausschusses wurde nach Magdeburg verlegt und als Vorsitzender desselben der Kollege August Lüdecke, Schröterstraße 17, v. 111. gewählt.

Als Sitz der Preiskommission wurde Nürnberg bestimmt und zum Obmann derselben der Kollege Carl Bauerneind, Humboldtstr. 43 O gewählt.

Alle den Verband und die Agitation betreffenden Zuschriften und Anfragen sind an den 1. Vorsitzenden zu richten; alle für die Redaktion bestimmten Sachen sind an den Redakteur und alle für den Verband bestimmten Gelder an den Hauptkassierer einzufenden.

Mit kollegialem Gruß

### Der Zentral-Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin SO., Engel-Ufer 15, 11., Zimmer 13.

## Die wichtigsten Beschlüsse der Verbands-Generalversammlung.

Am 1. Juli 1903 erfolgt die obligatorische Einführung der Kranken-Unterstützung für alle Verwaltungsstellen unter 1000 Mitgliedern.

Nur die Verwaltungsstellen mit 1000 Mitgliedern und mehr, es sind dies Berlin I, Berlin III, Hamburg, Leipzig, Breslau, Magdeburg und Bremerhaven regeln die Krankenunterstützung an ihrem Orte selbst.

Diese Verwaltungsstellen liefern folgedessen an die Hauptkasse auch in Zukunft nur 50 pCt., d. h. die Hälfte der vereinnahmten Beiträge ab.

Alle oben nicht genannten Verwaltungsstellen unter 1000 Mitglieder liefern ab 1. Juli 1903 70 pCt. der vereinnahmten Beiträge, das ist pro Beitrag 21 Pf. resp. 14 Pf. an die Hauptkasse ab. Dafür übernimmt die Hauptkasse die Kranken-Unterstützung nach folgenden Grundätzen:

Bei einer Mitgliedsdauer von einem Jahr gleich 52 gezahlten Wochenbeiträgen nach der ersten Woche der Krankheit:

1 Jahr Mitglied	3 Mk. auf 4 Wochen
2 "	4 "
5 "	5 "
8 "	6 "
	7 "

Für weibliche Mitglieder  $\frac{2}{3}$  dieser Sätze.

Sind in einer Verwaltungsstelle höhere Unterstützungsätze eingeführt oder ist die Karenzzeit eine längere, so hat die Ortsklasse die entsprechenden Zuschüsse zu leisten.

In Anbetracht der Einführung obligatorischer Krankenunterstützung mußte auch der Verbandsbeitrag einer Revision unterzogen werden.

Es haben ab 1. Juli zu entrichten:  
 Männliche Mitglieder einen Wochenbeitrag von 30 Pf., weibliche Mitglieder einen Wochenbeitrag von 20 Pf.

Der Arbeitslosen-Unterstützung wurde eine neue Stufe: nach 10-jähriger Mitgliedschaft 9 Mk. auf 8 Wochen hinzugefügt. Die Regelung der Reiseunterstützung ist dem Zentralvorstand übertragen worden. Gemäßregelten-Unterstützung wird in Zukunft bis zur Dauer von 13 Wochen gewährt.

In allen Orten darf in Zukunft nur eine Klasse geführt werden. Verliche Nebenklassen, wie Vergnügungsklassen, Sterbelassen, Kranken-Zuschußklassen dürfen in Zukunft nicht mehr geführt werden. Die Bestände dieser Klassen sind den Ortsverwaltungsstellen einzuverleihen und in den Quartalsabrechnungen aufzuführen.

Auf Grund der Beschlüsse des 4. Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart mußte die Generalversammlung eine Regelung der Gehaltsverhältnisse der Angestellten vornehmen.

Obwohl der Gewerkschaftskongress als Maximalgrenze der Gehälter für Gewerkschaftsangestellte 3000 Mk. festgesetzt hat, glaubte die Generalversammlung dennoch, nicht so weit gehen zu dürfen und setzte folgende Sätze fest:

Für alle Verbandsangestellte mit Ausnahme der Einkassierer ein Anfangsgehalt von 1800 Mk. Jährliche Steigerung 60 Mk., somit Höchstgehalt nach 10 Jahren 2400 Mk. Den Einkassierern vom Tage der Festanstellung an pro Jahr 1650 Mk., jährliche Steigerung 60 Mk., Höchstgehalt nach 10 Jahren 2250 Mk.

Ferner wurde beschlossen, denjenigen Angestellten, welche durch ihre agitatorische Thätigkeit besondere Auslagen haben, sowie dem Redakteur eine jährliche Entschädigung von 150 Mk. zu geben.

Zieht man in Betracht, daß viele unserer Bezirkskollegen, wir erinnern hier nur an die Kassenhöten und Bierführer, in den großen Städten einen höheren Jahreslohn als 2400 Mk. beziehen und vergessen wir nicht, daß unsere Verbandsangestellten oft Tag und Nacht in Interesse der Kollegenchaft unterwegs sein müssen, so sind obige Gehaltsätze gewiß nicht zu hoch gegriffen. Die Verbandsangestellten werden jetzt, nachdem ihre Arbeitsverhältnisse geregelt sind, gewiß mit doppeltem Eifer daran gehen, für die Kollegenchaft im Allgemeinen höhere Löhne zu erkämpfen.

Beschlossen wurde ferner:

Die Generalversammlung verpflichtet die Leitungen der Verwaltungsstellen, der Fortbildung der Mitglieder mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Alle Verwaltungsstellen sind verpflichtet, aus örtlichen Geldern Mittel zur Beschaffung von Bibliotheken auszuwerfen. An jedem Orte müssen wenigstens die Protokolle der Verbandsgeneralversammlungen, die Vorstandsberichte und das Fachblatt gebunden vorhanden sein. Im Weiteren sollen Gewerbeordnung, Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherungsgesetz, sowie Stadhagen's Arbeiterrecht vorhanden sein und auch gute Schriften über Gewerkschaftsbewegung, Nationalökonomie, Geschichte, Politik, Naturwissenschaft nicht fehlen.

## Der Arbeit Feiertag — der erste Mai!

Die Skepsis, der Zweifel, gewinnt keine Schlachten. Wie ihr Gegenstück: das blinde Draufgängertum, wird sie in den allermeisten Fällen ein Gemüß in dem thätigen Fortschreiten einer Sache. Und verächtlich ist sie da, wo sie als jenes falt lächelnde Gespenst erscheint, das mit spöttischen Worten aller freudig schaffenden Begeisterung entgegentritt und mit dem Gipfel ihres Zweifels zugleich auch die höchste Höhe der Erkenntnis erklimmen zu haben meint. Was sich in den verstaubten Schubfächern so gearteter Hirne nicht als „praktisch bewährte Erfahrung“ vorfindet, was, wie unsere Mat-demonstration, nach Zielen strebt, deren Verwirklichung keine Rechtmäßigkeit mit den bekannten gebotenen Tugenden hat, die einem ohne sein Zutun in den Mund fliegen, das ist dem vollendeten Skeptiker „Utopie“, „Illusion“, „vernunftwidrig“. Jene, die alle Selbsttäuschung durch das auf die Spitze getriebene „kritische Denken“ überwunden zu haben glauben, sind in Wahrheit ebenso sehr Ironie, wie die, welche meinen, daß die Mauern des modernen Jerrichs, des gegenwärtigen Gesellschafts-systems, mit radikalen Nebenarten umgeben werden können. Die Ersteren übersehen, daß das Zustandekommen von Erfolgen — besonders in der Arbeiterbewegung — noch von anderen Kräften abhängt, als denen der nur verstandesgemäßen. Um es möglichst in ein Wort zu fassen: die Gemüts-elemente bleiben außer Ansaß.

Leider sind es nicht nur die Gegner der Arbeiterbewegung, die jenen im Stillen wirkenden Triebkräften verständnislos und spottend gegenüberstehen — auch in den eigenen Kreisen tauchen hin und wieder Meinungen auf, die auf einer Unterschätzung des menschlichen Seelenlebens basieren und unsere große Volksbewegung zu einem kaufmännischen Rechenexempel machen, in mathematische Formeln zwingen möchten, was seiner ganzen Natur nach etwas viel Größeres, Umfassenderes, Inhaltvolleres ist.

Bekanntlich ist gerade die Maifeier ein beliebtes Angriffsobjekt der Skeptiker, wenigstens derjenigen außerhalb unserer Sphäre. Aber trotz allen boshaften Gereds: die Festtage der Arbeiter, insbesondere das Maifest, sind mehr als bedeutungslose Vergnügungen und leere Demonstrationen; es sind fruchtbare, aufreißende Stunden, die mit ihrer Freude, ihren Anregungen eine herzerfrischende Wirkung ausüben und die im alltäglichen Daseinstampfe leichter abhanden kommende Zuversicht neu erwecken und stärken. Aus ihnen auch erhebt Kult und Wille zur That und die Entschlossenheit, für das als richtig Erkannte mit allen Kräften einzustehen — und somit auch in die Praxis zu überlegen, was zunächst nur Wunsch, nur Absicht ist.

Und giebt es einen schöneren, sinnvolleren Zeitpunkt im ganzen Jahre, diese Absicht, diesen Wunsch, sowie den Willen zur Durchführung demonstratio zu bekunden, als den ersten Tag des Monats, der gewissermaßen der endgültige Bewingener des tyrannischen Winters ist? Und ist Oftern das Fest der Auferstehung in der Natur — Sieger ist der erste Mai. Er, der vielbesungenste, gepriesenste, beliebteste Monat des Jahres von altersher ist das Symbol der Liebe, Schönheit und Lebensfreude. Und in dem Bewußtsein des Anrechtes auf diese Lebensfreude wurzelt auch die Forderung der internationalen Arbeiter-schaft: der geistliche Achtlundentag!

Das ist eine Forderung, die nicht abhängig ist von der Besettung des kapitalistischen Entens überhont:

eine liberale Regierung begn. Volkvertretung könnte ihn dekretieren, ohne befürchten zu müssen, dadurch den „Zusammenbruch“ der gepriesenen Gesellschaft herbeizuführen. Und wäre es den sich arbeiterfreundlich gebärdenden bürgerlichen Parteien ernst mit ihrer oft betonten, leider aber allzu selten betätigten Fürsorge für das Wohl der „unteren Volksklassen“ — sie müßten ihn durchsetzen. Sie müßten freudig die Gelegenheit ergreifen, um die Angriffe zu widerlegen, welche jene Herrschaften beschuldigen, nur Spiegelfechterei zu treiben und garnicht den Willen zu haben, etwas tiefer Eingreifendes zu thun. Sie müßten! Aber sie ziehen es vor, mit den läppischsten Argumenten gegen diese Forderung zu wüthen. Sie bringen ihre Fürsorge in moralischen Befürchtungen zum Ausdruck, die sich wohl am besten in dem Sprüchwort zusammenfinden: „Mißgung ist aller Lafer Anfang“. Nun — sie müssen es ja wissen. Vielleicht fällt es manchem von ihnen schwer, seine Zeit auf eine anständige Weise tobtszuschlagen — und es ist auch sehr wahrscheinlich, daß, wenn wir den achttündigen Normalarbeitstag hätten, es diesen und jenem Arbeiter ähnlich gehen und er seine Aufgabe in einer gesteigerten Förderung der Frau- und Brenn-Industrie sehen würde. Sine malen ja die herrschenden Moralisten andauernd dafür sorgen, daß der Arbeiter von klein auf zwar mit Gesangbüchern und Bibelfprüchen vollgepropp, mit anregendem Laffen aber möglichst verschont wird.

Es ist etwas Mührendes um jene Sorgen, jene väterlichen Befürchtungen der Bourgeois! Alle ihre „Gründe“ ahmen den Geist des Wortmundes und die zügelnde Beforgnis einer Großmutter. Schade, daß wir verstockt genug sind, ihr dafür nicht zu danken. Daß wir uns vielmehr bedanken für die etwas merkwürdige Güte, die aus solchen Märgen herausfließt, und daß wir es unter solchen Umständen vorgezogen haben, selber laufen zu lernen!

Wenn es den berufenen parlamentarischen Vertretern des Volkes bisher nicht gelungen ist, diesbezügliche einschneidende Maßnahmen zu erzielen, so liegt das nicht an ihnen, sondern erstens an der gekennzeichneten Art von Arbeiterfürsorge, wie die Mehrheitsparteien sie treiben, und dann an denjenigen Arbeitern, die eben noch nicht laufen gelernt haben — politisch und gewerkschaftlich nämlich. Diesen in ihrer Unselbständigkeit und Unbeholfenheit bezuscheln — in beiderseitigem Interesse! — ist Pflicht derjenigen, die wissen, worauf es ankommt. Und das Maßest bildet gerade auch für die Indifferenten eine gute Gelegenheit, in den Bereich der modernen Arbeitergedanken gezogen, von diesen ergriffen und zu ihren Vereckern gemacht zu werden. Gewiß besteht der „Stamm“ der Festtheilnehmer in überwiegender Maße aus denen, die überall dabei sind, aber ebenso sicher ist, daß der Gleichgültige, der zu nutzlos oder bequemer war, sich ernstlich um seine eigenen Interessen zu kümmern, viel eher von

den festlichen, Begeisterung durchwehten Veranstaltungen gepackt wird, als von einer Agitationsversammlung.

Die Gewinnung neuer Mitarbeiter, die Ausbreitung und Vertiefung unserer Prinzipien aber darf nie ruhen, wenn die Lebenden sich wenigstens noch einiger Früchte ihrer Thätigkeit erfreuen sollen. So ungünstig die Dinge ja hauptsächlich auf politischem Gebiet liegen — das einst so stolz hinausregelnde Schiff der Sozialreform ist zum Wrack geworden —, so wenig brauchen wir bezüglich unserer gewerkschaftlichen Thätigkeit zu verzweifeln. Damit soll nicht etwa die politische Thätigkeit als nebensächlich bei Seite geschoben werden. Aber die praktischen, greifbaren Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete, namentlich die erreichten Arbeitszeitverkürzungen, weisen doch darauf hin, daß von hier aus ein näherer Weg zu unserem Ideal, dem Achtstundentag, führt, daß vermuthlich die Gehegung einst nur wird festlegen müssen, was ökonomisch schon errungen wurde.

Wie jeder Fortschritt zu einem menschenwürdigeren Dasein, trotz der Desillusionen unserer Gegner, im Allgemeinen auch ein Fortschritt in geistiger und sittlicher Beziehung geworden ist, so wird auch der Achtstundentag in noch größerem Maße die Kräfte freimachen, welche nöthig sind, um nach des Tages Arbeit andauernd und bemüht zu höheren Zielen zu streben. Und da haben wir denn auch gleich einen der Hauptgründe, warum die Verkürzung der Arbeitszeit den Unternehmern die verhasste Forderung ist: sie wissen, daß hier der Hebel ruht, mittelst dessen der Arbeiter in eine freiere und — anspruchsvollere Sphäre gehoben wird; daß, wenn es nicht fortwährend im Joch, das „Arbeitsvieh“ zum Menschen wird und selbstständig zu denken beginnt, daß dieses Denken zumeist sich nicht mehr in einer dem Unternehmer angenehmen Richtung bewegt, sondern als ein in wirtschaftlichen und politischen Fragen gegnerischer Faktor auf den Plan tritt. Jeder in diesen Fragen einigermaßen durchgebildete Arbeiter, mag er in seinem Auftreten noch so höflich und besonnen sein, ist dem Unternehmern ein größerer Greuel, als zehn untlare Schreyer. Man fürchtet die aufsteigende Macht des Arbeiterbewußtseins und die daraus logisch entspringende Eroberungskraft.

Diese ist es, welche heute Ihre Stimme erhebt und den Widerhall findet in Dorf und Stadt, in allen Erdtheilen, wo kapitalistische Kultur ihre Zelte aufgeschlagen.

Und wie diese Kultur trotz aller chauvinistischen Abstrafen in der That eine internationale ist, so ist es auch die von modernen Anschauungen durchdrungene Arbeiterschaft. Was sind der Arbeit die Grenzen? Ihr, die überall das Steifend dieser Erde ist? Gegen das planmäßige bestialische Warden protestirt das Volk und tauscht brüderliche Grüße aus, mit Allen, die gleich ihm, das Banner des Völkerverlebens erhoben haben.

Und wenn heute in einem entlegenen Dorfe nur zwei oder drei sind, die es wagen, die Parole des 1. Mai auszusprechen, wenn der Hohn dieser vorgeschobenen Hosen mit verständnißlosen Redensarten bedeckt, so mag es diesen unseren Kollegen zu desto freudigerem Bewußtsein kommen, daß hier Hundert, dort Tausend und in den Großstädten Hunderttausende sich ihnen im Geiste verbinden, mit ihnen eines Sinnes, eines Verzens sind!

Die Verbrüderung, die am 1. Mai unter den Arbeitern ihren Ausdruck findet, sie soll uns am 16. Juni bei der Wahl zum Reichstag zum Siege führen. Mit dem Stimmzettel bewaffnet wollen wir uns auf die Feinde stürzen und sie an die Wand drücken.

Drauf und dran!

**Dritte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.**

Hamburg, 11. April.

**Vormittags-Sitzung.**

Im festlich geschmückten weißen Saale des Tüte'schen Lokales traten 46 Delegirte zusammen. Außerdem waren anwesend die Verbandsfunktionäre Schumann, Alboldt, Kähler und Schukki, Redakteur Dreher, der auskunftsvollende Bähler, Leipzig und der Vorsitzende der Reichskommission Bauerfeind in Nürnberg.

Verbandsvorsitzender Schumann begrüßte die Geschiedenen, eröffnete die Verhandlung und drückte die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, die Organisation zu einer starken, leistungsfähigen, den Unternehmern gewachsenen Festung, auszubauen. Die Krise hätte ihr abhängigpool werden können. Daß dies nicht eingetreten sei, liefere den Beweis, daß der Verband sicher handire sei. Es könne konstatiert werden, daß augenblicklich wieder der Verband reich machie.

Im ersten Quartal 1903 sei die Mitgliederzahl des Verbandes um 8200 gestiegen. Allem Anschein nach siehe eine Prosperitätsperiode bevor; diese Ausnahmen für die Organisation gelte es. Die Mittel dazu zu finden, sei Aufgabe des Verbandstages. Redner schließt mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen ausschließlich dem Wohle der Festigung des Verbandes dienen mögen.

H. m. p. l. Hamburg begrüßt die Delegirten im Namen der hiesigen Kollegen und hofft, daß sie sich hier wohl fühlen werden. Auch er wünscht gebedigten Verlauf der Beratungen im Interesse des Verbandes.

In das provisorische Bureau werden Himpel-Hamburg als Vorsitzender, Reimüller-Fürth als Führer der Rednerliste berufen.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Zimmer-Breslau, Nürnberg-Berlin, Wagner-Hamburg, Wender-Magdeburg, Richter-Gemnitz; der Vorstand delegirt Alboldt als Auskunftsperon. Die Kommission fungirt gleichzeitig als Beschwerdekommision.

Eingelassen sind ein Protest aus Nürnberg gegen die Wahl von Reimüller-Fürth und von Frankfurt a. M. gegen die Wahl von Eckardt-Mannheim. Diefelben werden Johann verlesen. Desgleichen ein Protest der Rolkutscher gegen die Wahl von Ant. Schulz-Berlin. Weiter wird ein Schreiben vorgetragen, daß sich in bestigen

**Auf der Pretoria.**

An einem launigen Frühlingsnachmittag war's. Der Sturm heulte in Hamburg's Hafen, als die Delegirten unserer Generalversammlung, auf Einladung der Hamburger Kollegen, eine Rundfahrt auf der Elbe unternahmen. Die süddeutschen Kollegen meinten: das sei wohl Hamburger Frühling, als ihnen ein eifriger Nord die Schneeflocken in Form kleiner, stehender Sternchen nur so um die „erhöhenen“ Ohren trieb. Das sollte ein „Vergnügen“, eine „Erholung“ nach harter Arbeit sein! Trotzdem hielten sich die Landratten wacker, waren sie es ja doch gewöhnt, dem Sturme zu trotzen. Jetzt ging's von Hafen zu Hafen, an hundert stolzer Schiffe vorbei. So manche Landratte bekam dabei erst den richtigen Begriff von Deutschlands Welthandel. Ein allgemeines Achzentrang sich den Lippen, als der stolze „Blücher“, ein Schiff von riesigen Dimensionen, in Sicht kam. Doch an ihm ging's vorbei nach dem Amerika Kai, dort hatten die Hamburger Kollegen für eine Ueberraschung gesorgt. Da lag der riesige Schnellpostdampfer der Hamburg-Amerika Linie „Pretoria“, sich gerade der von ihm über den atlantischen Ocean getragenen Frachten entledigend. Für die Delegirten war die Erlaubnis zur Besichtigung des Kesselstiegs erwirkt worden, und nun ging's eine schwanende Treppe hinauf an Deck. Und nun begann ein Staunen und Verwundern, denn so riesengroß hatte keiner der Landratten sich ein Schiff vorgestellt. Das war ein Kasten der Ketten, ein Klappen der Maschinen, ein Rufen von Kommandos an Bord, aber alles ging so glatt wie am Schmirnstein. Ununterbrochen stiegen Rifen, Wullen, Säcke, Fässer aus dem Rumpfe der „Pretoria“ empor, um in der nächsten Sekunde bereits im Schuppen zu verschwinden. Nur sieben Tage hatte das Schiff zum Aus- und Einladen Zeit. Um dies zu ermöglichen, gilt es für die Schauerleute 86 Stunden hintereinander zu arbeiten, kaum finden sie Zeit zur Einnahme der Mahlzeiten. Erst ging es in die „Hölle“ hinunter, vorn an Berliner, die müssen bekanntlich ihre Nase überall hineinstecken, nicht achtend des an der schmalen Thür stehenden „No admittance“, „Zutritt verboten“.

Ein wenig bedäunigend wenn die ersten Schritte ohne Zweifel, denn die Leitern und Böden, welche wir bei unferem Hinabsteigen passiren, bestehen lediglich aus eisernen Pfosten, so daß man etwa drei bis fünf Etagen unter seinem eigenen Standpunkt durch die verschiedenen Fußböden hindurchblicken kann. Die eisernen Treppen führen

uns hinab bis zu der sogenannten Maschinenplattform, dem untersten Boden der Maschine, der gleichzeitig die obere Haut des Doppelbodens des Schiffes bildet. Schon hören wir im eigenen Raume das Klappern der Kohlen-schaukel und ein langgezogenes „Leu“ zeigt uns an, daß die Bedienung eines Kessels mit Feuerungsmaterial beendet ist. Die Kessel der „Pretoria“ verlangen täglich für 1600 Mt. Kohlenstoffe. Der Kesselraum umfaßt drei Doppelkessel und zwei Einfachkessel mit 3 resp. 2, mit je 3 bzw. 6 Feuerungen, so daß im Ganzen 24 Feuerungen zu bedienen sind.

Ein Doppelkessel wiegt 76 Tonnen (76450 kg), ist 6050 mm lang, hat einen Durchmesser von 4200 mm, enthält 564 Seebrohre und 220 Ankerrohre von je 76 mm äußerem Durchmesser. Er faßt 86 Kubikmeter Wasser und arbeitet mit 15 Atmosphären Druck. Der Einfachkessel wiegt 44 Tonnen, ist 3950 mm lang, hat einen Durchmesser von 4200 mm, enthält 282 Seebrohre und 111 Ankerrohre. Er faßt 20,8 Kubikmeter Wasser und arbeitet mit 15 Atmosphären Druck. Trotz der fünf Meter im Manteldurchmesser starke Schornsteine erreicht die respektable Höhe von 81 Meter über dem Feuerungstoll. Die beiden Maschinen der „Pretoria“ indigiren zusammen 5600 Pferdekraft und sind sogenannt niederer Expansionsmaschinen, d. h. der Dampf kommt viermal hintereinander in vier verschiedenen Zylindern zur Verwendung. Von hier ging es nach der Wellenkammer. Die Welle besteht aus vier gleichen Theilen, von je 19,69 Meter Länge, hat einen Durchmesser von 270 mm und macht in der Minute 72—75 Umdrehungen. Jede der beiden Wellen treibt eine vierflügelige Schraube und beide gemeinsam geben dem Schiff eine Schnelligkeit von 13 Knoten oder 18 Seemeilen in der Stunde. Zum Manöuvrieren der Maschine, vorwärts, rückwärts, langsam, stopp, dient eine Umföhrungsmaschine, mittelst welcher der Maschine die ihm von der Kommandobrücke telegraphisch übermittelten Befehle ausführt. Abgabe des Befehls und Ausführung desselben geschieht innerhalb zweier Sekunden.

Außer den Maschinen, welche für die Fortbewegung des Schiffes sorgen, ist noch eine große Anzahl von Hilfsmaschinen an Bord. Es sind dies drei Maschinen zur Erzeugung elektrischen Lichts, eine Eis- und Kühlmaschine, zwei Saugpumpen, zwei Waasserhebmächinen, eine Ankerlichtmaschine, sechs Dampfpumpen, sechs Dampfkräne, eine Rubermaschine, vier Ventilationsmaschinen, ein

Evaporator, zwei Zentrifugalpumpen, zwei Dampf- und Spelpumpen, zwei Frischwasserpumpen, zwei Drehmaschinen, verschiedene Messerpuhmaschinen und elektrische Raffemühlen.

Die Besatzung des Schiffes beträgt rund 220 Köpfe. Die Pretoria hat einen Brutto- Raumbgehalt 37491,2 cbm, Netto 28398,4 cbm. Sie raht 18234,88 Registertons Brutto und 8814,95 Registertons Netto. Ihre Länge beträgt 171,01 Meter, die Breite 18,96 Meter, die Tiefe 11,86 Meter. Das Schiff ist 1897 ganz aus Stahl erbaut worden.

Die luxuriöse Einrichtung und Ausstattung der Speise- und Gesellschaftsalons, der Kabinen, Badeeinrichtungen u. c. rief das lebhafteste Staunen aller Delegirten hervor.

Nach eingehender Besichtigung des Schiffes wurde die Weiterfahrt nach Manfeneje angetreten. Unterwegs besuchte es dem Elbstrom, an einigen Kollegen, den Berlinern voran, die übliche Schiffstaufe vorzunehmen, die Tauslinge triffen nicht nur wie gebahete Wudel vor Nase, sondern wurden ob ihres Mißgeschicks obenreim noch ganz geböhrig ausgelacht.

In Falkenthal endlich ging's ans Land und nach einem kleinen Imbiß hinauf auf den Silberberg, der den Elbstrom weithin beherrscht. Punkt 8 Uhr fand sich die Gesellschaft wieder auf dem Dampfer ein, leider waren aber Kapitän und Frizer noch nicht zu sehen. Die Schiffsmache ließ Signal auf Signal erlösen, die Führer des Schiffes schienen aber taub zu sein. Inzwischen war es 9 Uhr geworden, doch keine Nacht lagerte auf der Elbe, ein Theil der Kollegen war wieder an Land gegangen, als endlich die Bedienungsschmantschaft eintraf. Der allen Seeleuten eigenhümliche schwanende Gang ließ die einigen unserer Kollegen Bedenken aufsteigen, ob jene wohl noch ganz nüchtern wären. Die Windmüstatroste hica vor ihren Augen auf, schon sahen sich einige im Geiste in den Fluthen des Elbstromes verlinken. Ein halbes Duzend Delegirter, unter ihnen zwei Berliner, wählten, da das Wasser keine Wullen hat, der Laperfekt besseren Theil, die Vorfrist, und fuhren mit der Straßenbahn nach Hamburg. Das Gros trat trotz Sturmesnehen und Schneegestöber, den Tod verachtend und furchtlos ihm ins Auge schauend, den Rücken per Schiff an und landete auch dreiviertel Stunden später glücklich an Hamburg's Gestaden. Trotz Hundemetter und Tobensnachtstret meinten alle Theinehmer zum Schluß: Sch ö n w a r s b o c h !

Ausdrücken gegen Schumann wendet und ihn für unfähig erklärt, als Vorhändler weiter zu fungieren.

Schumann legt seinen Vollen einstweilen nieder und stellt das Weitere der Entscheidung des Verbandstages anheim. Die Beamten müßten geschäftlich werden, andernfalls müßten sie auf ihr Amt verzichten.

Ein weiterer Protest aus Kassel richtet sich gegen die Wahl des Delegierten Albuschats-Hannover. Die Beschwerden werden der Mandatsprüfungskommission überwiefen.

Als Gäste sind erschienen Heitmann vom Fabrikarbeiter-, Josephson vom Handlungsgehülfen-Verband, ferner Kofejan aus Bielefeld, Hamburg und Frankfurt a. M.

Josephson dankt den Delegierten für die so oft schon seinen Verbande genährte Hilfe und spricht die Hoffnung aus, daß diese auch künftig nicht ausbleiben werde.

Es wird sodann die Geschäftsordnung beraten. Dieselbe wird in der auf der letzten Generalversammlung beschlossenen Form nach längerer Debatte genehmigt. Die Versammlungen sollen pünktlich eröffnet, die Namen der nicht pünktlich Erscheinenden sollen im Protokoll vermerkt werden.

Schumann erörtert die Vorgänge in Holland. Der Vorstand schlägt vor, als erste Rate 2000 Mk. zur Unterstützung zu bewilligen. Das entspreche der Leistungsfähigkeit des Verbandes. Es wird so beschlossen gegen eine Stimme.

Es werden einige Begrüßungsschreiben vorgelesen, unter Anderem aus Dresden, Wien, Prag.

Da die Beratungen der Mandatsprüfungskommission sich sehr in die Länge ziehen, erhält zunächst Werner Berlin das Wort zu seinem Referat über Punkt 7 der Tagesordnung: Die Entwicklung der Großbetriebe im Handlungsgewerbe und ihr Einfluß auf unsere Berufsverhältnisse. Auch im Handlungsgewerbe vollzieht sich der Uebergang von Klein- zum Großbetriebe. (Redner beweist das eingehend ziffermäßig nach der amtlichen Statistik.) Die Zahl der Großbetriebe ist gestiegen und zwar in gewaltigem Umfange. Jedoch ist der Kleinbetrieb immer noch stark vertreten und wird auch so bald noch nicht verschwinden. Die Entwicklung zum Großbetriebe ist mit Freuden zu begrüßen im Interesse der Handelshilfsarbeiter, weil die Organisation und dadurch die Verbesserung der Lebensbedingungen gefördert wird. Das frühere patriarchalische Verhältnis führte mit der intensiven Ausnutzung des Arbeitgebers und seiner Familie eine noch intensiveren des Arbeitnehmers mit sich, der Mädchen für Alles darstellte. Das gilt auch heute noch vielfach. Geringe Arbeitszeit erfüllt nicht, die Lohnzahlung ist eine äußerst geringe und erlaubt kein halbwüchsiges menschenwürdiges Dasein. Das etwaige Bestreben nach Verbesserung pflegt gleichbedeutend mit Entlassung zu sein. In den Detailgeschäften ist der größtenteils einfluß des Großbetriebes zu spüren. In den großen Waarenhäusern vermögen die Hausdiener Vieles für sich zu erreichen; dafür ist der Beweis erbracht. Gegen die Waarenhausbesetzung hat deshalb der Verband Front gemacht. Er mußte mit Recht fürchten, daß sie eine Lohnreduktion nach sich ziehen würde. Genügt hat es nichts; andererseits hat aber die Organisation erfolgreich einer Lohnverschlechterung vorgebeugt und sogar eine Verbesserung erzielt. Im Gegensatz zum Kleinbetrieb besagt der Großbetrieb Ueberstunden. Minder gut liegt es in den Großhandelsbetrieben, die nur mit den Kaufleuten zu thun haben. Redner erörtert die Entwicklung der Dinge bei Handoff und bei Wertheim in Berlin. Man könne nur wünschen, daß bald mit dem Kleinbetriebe völlig tabula rasa gemacht werde. (Beifall.)

Schulz Berlin: Auch die von den Arbeitern gegründeten Konsumorganisationen werden von den mittelständertlichen gegenseitigen Maßnahmen getroffen. Diese Unternehmungen stehen jedoch den Waarenhausgroßbetrieben ebenbürtig zur Seite. Ihre Entwicklung ist ebenfalls freudig zu begrüßen, da hoffentlich die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter hier noch rascher fortschreiten werde.

Es liegt folgende Resolution Werner vor:

Die im Handlungsgewerbe immer mehr zu Tage tretende mörderische Konkurrenz und die sich dadurch immer mehr vergrößernde Prostitution bedingen die Zusammenlegung großer Kapitalien zur Schaffung von Kleinbetrieben, welche eine größere Leistungsfähigkeit nach jeder Richtung ermöglichen. In die Stelle der Zwergbetriebe treten die großen Waaren- und Exporthäuser. Durch diese Entwicklung der Handelsbetriebe wird das sogenannte patriarchalische Arbeitsverhältnis mehr und mehr gründlich beseitigt, sie bedeutet also auch einen Fortschritt im Arbeitsverhältnis der Handelsarbeiter. Je schneller die Evolution zu Großbetrieben im Handlungsgewerbe fortschreitet, desto eher wird es auch möglich sein, menschenwürdige Arbeitsbedingungen für die Handelsarbeiter durchzusetzen. Die Generalversammlung begrüßt daher die Entwicklung der Großbetriebe im Handlungsgewerbe aus besagten Gründen mit lebhafter Genugthuung und beauftragt die Verbandsleitung, zu geeigneter Zeit mit den maßgebenden Körperschaften und Vereinigungen der Unternehmer in Verbindung zu treten, eventuell an die Leitungen der einzelnen Waarenhäuser zwecks tariflicher, dauernder Regelung der Arbeitsverhältnisse unserer in den Großbetrieben beschäftigten Kollegen heranzutreten und für Befreiung möglichst gleichartiger Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen.

A. d. e. Magdeburg: Die Waarenhäuser erleichtern die Agitation. In den Kleingeschäften sah man früher noch ältere Hausdiener, in Magdeburg besteht das Gros aus ganz jungen Leuten, die 12 bis 16 Mk. erhalten. Das verdient beachtet zu werden. In gesundheitslicher Beziehung ist die Einführung des geschädigten, geschäftsmäßigen Kabfahrens, namentlich bei jugendlichen Personen, zu tabeln. Hier wird der Grund zu zahlreichen chronischen Krankheiten und zur Lungentuberkulose gelegt. Erwünscht werden muß auch der Fortschritt bezüglich der Sonntagruhe. In vielen Kleinbetrieben wird gesch-

widrig hinter den Kulissen gearbeitet. Dasselbe gilt vom 8 Uhr-Abendsschlus. Wir werden in all diesen Fragen nach wie vor Hand in Hand mit den organisierten Handlungsgehülfen gehen.

Die Resolution Werner wird einstimmig angenommen. Die Mandatsprüfungskommission - Referent Zimmer-Breslau - wünscht, daß künftig gestempelte Stimmzettel zu Wahlen benutzt werden. Sie hat das Mandat Reinmüller-Fürth als gültig angesehen. Im Falle Eckardt-Mannheim sind 13 Zettel, als von einer Hand geschrieben, für ungültig erklärt. Das Mandat ist als ungültig zu betrachten. Bezüglich der Kollisionsbeschwerde gegen Schumann wird erklärt, daß es sich um eine ganz unpassende und ungehörige Maßnahme der Betreffenden handelt. Das Mandat Albuschats-Hannover ist als gültig angesehen, desgleichen das Mandat A. Schulz-Berlin und das Kölner Mandat.

Schulz Berlin, Namens des Vorstandes: Springborn und Genossen (Kollisions) sind falsch unterrichtet. Alle Vorstandsmitglieder billigen solidarisch, was Schumann in aller Aufrage ausgeführt hat. Schumann war nur das Organ des Gesamtvorstandes, der ihn in jeder Hinsicht deckt.

Eckardt-Mannheim verteidigt sein Mandat. Man solle nicht den Zusammenbruch der Zahlstellen Ludwigs-hafen und Mainz herbeiführen. Eine Fälschung sei den als Ehrenmännern geltenden Kollegen nicht zuzutrauen. Man hätte die Sache längst unterfuchen und vor der Generalversammlung feststellen sollen, wer gefälscht hat. Die Stempfung des Mandats wird die Siedehitze unter den süddeutschen Kollegen zur Entladung bringen, und für die etwaigen Folgen trägt die Versammlung die Verantwortung.

Mitt-Hamburg verteidigt das Mandat Eckardts. Die Sache sei nicht völligig erledigt.

Schumann behauptet, in Stuttgart werde eine Lokalorganisation als Vorläuferin eines süddeutschen Zentralverbandes geplant. Eckardt habe die Mitglieder zu Dummheiten zu veranlassen versucht. Der Vorstand wünsche Eckardt auf jeden Fall als Gast, damit die Tätigkeit dieses früheren Verbandsbeamten einmal gründlich erörtert werden könne.

Wagner-Hamburg: Eine Fälschung von Stimmzetteln haben wir Niemandem untershoben; aber wir haben keine Garantie, daß bei der Wahl mit der nötigen Sorgfalt verfahren ist.

Vonder-Magdeburg erklärt, daß die Wahl Eckardts aus formalen Gründen für ungültig erklärt werden müßte. Kaufe-Frankfurt: Ich habe den Protest gegen Eckardts Wahl als verkehrt befürcht, weil ich die Anwesenheit Eckardts auf dem Verbandstage für unbedingt notwendig erachtete. Mindestens muß festgesetzt werden, daß Eckardt als Gast bleiben soll.

Schröder-Bremerhaven: Wenn eine Aussprache über Eckardt erfolgen soll, können wir ihn auch als Delegierten anerkennen.

Eckardt-Mannheim: Wenn mein Mandat für ungültig erklärt wird, will ich nicht aus Gnade und Barmherzigkeit hier gebudet werden. Ich bleibe eventuell auf eigene Kosten hier, um mich zu verteidigen.

Zimmer-Breslau: Nach dem inhaltlichen Material konnten wir nicht anders entscheiden. Wir haben rein sachlich geurteilt; wir haben auch Niemandem Fälschungen vorgeworfen, sondern nur eine Ungehörigkeit bei der Abstimmung festgestellt.

Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Schumann wendet sich gegen das Schreiben Schulz und Genossen an einzelne Delegierte, in welchem er als erhobler Mensch hingestellt wurde. Er verlange Schutz gegen solche Angriffe, sonst müßte er die Konsequenzen ziehen.

Zimmer-Breslau wiederholt, daß das Schreiben als absolut ungehörig verurteilt werden müsse.

Schulz Berlin meint, er habe den im Schreiben stehenden Antrag, nicht die Interpellation, zurückgezogen. Dem widerspricht Zimmer-Breslau. So etwas könne nicht zurückgezogen werden.

Der Antrag, die Beschwerde als ungehörig zu erklären und darüber zur Tagesordnung überzugehen, wird einstimmig angenommen.

Nachmittags-Sitzung. Als Vorhändler für die Generalversammlung wurden gewählt: Schumann-Berlin, Albuschats-Berlin, Hempel-Dam-burg; als Schriftführer: Schulz-Berlin, Reinmüller-Fürth.

Hierauf gelangt der 1. Punkt: "Berichte", zur Verhandlung.

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1902 und der Bericht des Ausschusses liegen in einem 138 Seiten starken Heft gedruckt vor.

Schumann ergänzt den Bericht, darauf verweisend, daß die Verbandsleitung der Berliner Straßenbahner getätigter dasthe als früher und ihr jetzt keine Hindernisse mehr seitens der Direktion bereitet würden. Die in Nürnberg beschlossene Vertragsverhandlung habe, wie aus dem gedruckten Geschäftsbericht hervorgehe, dem Verbands nicht geschadet, sondern sei ihm zum Vortheil gereicht. Die zur Durchführung gelangte Gaueninteilung habe sich ebenfalls bewährt; in Sachen sei ein Gauleiter angestellt worden, dessen Wirken fruchtbringend gewesen sei. Die Berliner hätten wohl die Anstellung eines Gauleiters beschloffen, hätten es aber abgelehnt, die Mittel dazu zu bewilligen; die Differenzen mit den Berlinern seien nach erfolgter Aussprache beigelegt, ebenso die mit Nürnberg. Romilität müsse werden, daß der Verband sich ständig entwickle; wenn diese Entwicklung auch nur eine langsame sei, so sei sie doch eine stetige, so daß man mit derselben aufreihen sei könne. Wo mit Vorsicht und Energie gearbeitet worden sei, da seien die Erfolge auch nicht ausbleiben. Von einem Agitator müsse man verlangen können, daß er die geschädigten Eigenschafts entfalte, was bei dem Leiter des Bezirks Süddeutschesland nicht der Fall gewesen sei. Redner drückt den Wunsch aus, daß die Agitatoren der resp. Bezirke dem zukünftigen Vorstande rechtzeitig und eingehend über die Vorkommnisse

in den ihnen anvertrauten Bezirken Bericht erstatten. Der Zuschuß aus der Hauptkasse für die Bezirksagitation habe im Jahre 1902 16000 Mk. betragen. Nachdem die Magdeburger Kollegen sich ein eigenes Bureau eingerichtet haben, sei es mit der Mitgliedschaft vorwärts gegangen, und jetzt seien die dortigen Einrichtungen Vorbild für andere Mitgliedschaften. Einige ständen dicht davor, daselbe zu thun wie die Magdeburger, und der Zentralvorstand werde sein Möglichstes thun, alle Bestrebungen zu fördern, die geeignet erscheinen, dem Verbands zum Segen zu gereichen. In Bezug auf eine gute Berichterstattung stehe die Hamburger Verbandsstelle munter-giltig da, was von der Leipziger leider nicht gesagt werden könne. Verlange man vom Zentralvorstand, daß er seine volle Schuldigkeit thue, so müßten dies auch die örtlichen Verwaltungen thun. Auch die Berliner Verbandsstelle habe es hin und wieder daran fehlen lassen, dem Vorstand über recht wichtige Dinge zu berichten. Was den inneren Ausbau der Organisation betreffe, so müsse hauptsächlich auf den Ausbau des Vertrauensmännersystems hingewirkt werden. Dem Wirken des Verbandes sei es zuzuschreiben, daß eine Enquete über die Lage der Hilfsarbeiter im Handlungsgewerbe veranstaltet werde. Die bezügliche Schritte seien bereits von der kompetenten Behörde eingeleitet worden. Das sei ein Erfolg, auf den der Verband stolz sein könne. Redner hofft, daß es den gelingen werde, die in kaufmännischen Betrieben beschäftigten Hilfsarbeiter den proletarischen kaufmännischen Gewerbe-gerichten zu unterstellen, damit es diese Kollegen nicht mehr nötig hätten, das langweilige und kostspielige ordeulliche Gerichtsverfahren in Anspruch zu nehmen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Vor Allem müsse das Augenmerk darauf gerichtet werden, Mittel und Wege zu finden, um den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht sicher zu stellen. Nothwendig ist es, daß die Kollegen es sich angelegen sein lassen, Mitglieder in die Zünfte und Krankenausschüsse, wie sie hier und dort bestehen, zu wählen. Bei Lohnbewegungen müsse man äußerst vorsichtig sein; er wolle nur auf die Straßenbahnarbeiterbewegung in Halle und Braunschweig hinweisen, wo es an der nötigen Vorsicht gefehlt habe und ein Fiasko die Folge gewesen sei. In Stuttgart habe es anders gelegen, doch seien auch dort Fehler gemacht worden, auf welche Redner näher eingeht. Auch in anderen Orten seien trübte Erfahrungen gemacht worden, so bei der Kollisionsbewegung in Berlin. Obwohl die Organisationsverhältnisse nicht entfernt die Möglichkeit geboten hätten zu einem Erfolg, sei die Idee des Generalstreiks propagiert worden. Da sei es Pflicht des Zentralvorstandes gewesen, dagegen Stellung zu nehmen, sonst hätte er sich eine Willkürer-lesung zu Schulden kommen lassen. Zu den angenehmsten Aufgaben des Vorstandes gehöre sicher nicht die schiefer-richterliche Tätigkeit bei Differenzen aller Art unter den Mitgliedern. Persönliche Reibereien müßten im Interesse der Organisation ganz unterbleiben. Die Verwaltungstätigkeit des Zentralvorstandes werde immer umfangreicher, so daß durch Anstellung einer Hilfskraft eine Entlastung stattfinden müsse. Der Verband habe sich in dem letzten abgelaufenen 1. Quartal 1903 kräftig entwickelt, denn jetzt belaufe sich die Mitgliederzahl auf 24.116 gegen 20.912 am Ende des Vorjahres. Redner ersucht am Schluß seines 2/4. jährigen Referats um eine eingehende, aber gerechte Kritik der Tätigkeit des Zentralvorstandes.

Der Rest der Nachmittags-Sitzung wird mit einer Debatte über den Berliner Kollisionsstreik und mit der Entgegennahme des Kassenerberichts ausgefüllt, bei dem bemerkt zu werden verdient, daß der Verband einen Teil seines Vermögens in Aktien der Großen Berliner Straßenbahn angelegt hat und damit stimmberichtig in der Generalversammlung der Aktionäre dieses Unternehmens ist, von welchem Rechte auch Gebrauch gemacht wird.

Der Kassener läßt durchblicken, daß die in der Generalversammlung der Aktionäre stimmberechtigten Kollegen über ihre Tätigkeit Bericht erstatten werden.

Die Revisionskommission hat die Kasse in musterhafter Ordnung gefunden und beantragt, dem Kassier ein Manfagel von 200 Mk. pro Jahr zu gewähren.

Der Berichterstatter des Ausschusses rät u. A. die Anlegung des Verbandsvermögens in Straßenbahnaktien, was er als gegen die Statuten des Verbandes verstoßend bezeichnet. Danach solle das Geld zinstragend und nicht zu Spekulationszwecken angelegt werden. Er verweise im Statut die Bestimmung, daß die Gelder mündelsicher angelegt werden müssen. Demgegenüber wird bemerkt, daß die Gelder sehr sicher angelegt seien, worauf man noch zurückkommen werde.

Hamburg, 12. April.

Die Debatte über den Vorstandsbericht usw. wird fortgesetzt. Kollege Schulz legt ausführlich auseinander, daß die vom Ausschussmitglieder Bähler vertretene Ansicht, daß es verkehrt und gefährlich sei, Verbandsgehälter in Straßenbahnaktien und ähnlichen Papieren anzulegen. Nicht nur habe der Verband finanziell recht gut dabei abgeschnitten, namentlich bei der Großen Berliner, sondern vor allem sei es auch von ganz wesentlichem Vortheil, daß Verbandsmitglieder in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften, der Stelle, wo die Direktoren am empfindlichsten seien, die Interessen der Kollegen energisch wahrnehmen könnten. Dabei könne manches für die Arbeiter Schädliche unter Umständen verhindert werden, auch seien dadurch beispielsweise ungerechtfertigte Entlassungen alter Leute bereits rückgängig gemacht worden. Von Gaubeamten wird der zum Teil übertriebene Bureaufkratismus der Verwaltung beklagt; das läme die praktisch thätigen Beamten in ihrer Arbeitsfreudigkeit. Berliner Delegierte tabeln den Vorstand heftig wegen seiner Haltung beim Kollisionsstreik, die in direktem Gegensatz stehe zu der Haltung, die dem ebenfalls elementar ausgebrochenen und nur in Folge ungewöhnlich günstiger Nebenstände glücklicherweise verlaufenen Straßenbahnerstreik. Ferner wegen der Maßnahmen im Brandenburger Gau, wo bei Anstellung des Beamten - gegen den persönlich nichts einzuwenden sei - die große Berliner Verwaltung ungebühriger Weise völlig übergegangen sei. Weiter wird die Vermögenslage des Verbandes als durchaus nicht rosige geschildert. In der Agitation, be-

sonders in Schlessen und Stuttgart, seien schwere Fehlgriffe begangen. In Berlin seien die Beamten der ersten Klasse I zur Agitation bei den Straßenbahnen nicht zu haben.

Der Gauleiter für Rheinland-Westfalen, Dettmering, Eberfeld, schildert die Schwierigkeit der Agitation in dem „schwarzen“ Bezirk, den eine Person allein nicht bearbeiten könne. Hierzu komme noch, daß die unteren Verwaltungsbehörden — vor allem die Polizei — dem Unternehmern Handlangerdienste leiste. Redner er sucht die Generalkommission, dafür Sorge zu tragen, daß für die gewerkschaftliche Organisationsarbeit in Rheinland-Westfalen mehr geschähe als bisher.

Gerhardt, Mannheim rechtfertigt seine Tätigkeit als Gauleiter für Südwest-Deutschland und weist die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Wenn der Stuttgarter Straßenbahnerstreik verloren gegangen sei, so könne man ihm das nicht in die Schuhe schieben, denn er selbst stehe auf dem Standpunkt, daß ein Streik — namentlich ein Straßenbahnerstreik — nur dann inszeniert werden dürfe, wenn mindestens über die Hälfte der Kollegen seit Jahren der Organisation angehören. Der Standpunkt des Zentralvorstandes, der ihn allein verantwortlich mache, sei ja äußerst bequem, doch müsse er, Redner, der jetzt noch eine Reihe Ghendrenten in der Arbeiterbewegung befeide, sich energisch dagegen verwahren, daß man mit solchen Mitteln gegen ihn kämpfe. (Da die Redezeit abgelaufen ist, wird mit großer Mehrheit beschlossen, dem Redner unbeschränkte Redezeit zu gewähren.) Redner weist weiter aus, daß er nicht als Gauleiter nach seinem Bezirk gegangen sei — ein Gau habe noch nicht existiert — sondern als Agitator, der unfruchtbares Gebiet habe bearbeitet müssen. Zahlenmäßig könne er den Nachweis erbringen, daß sein Gau mehr Beiträge aufgebracht habe, als der von Dettmering vertretene, obwohl jener 300 Mitglieder weniger zähle als dieser. Redner meint am Schluß seiner Ausführungen, daß man von Berlin aus systematisch gegen ihn vorgegangen sei und daß es ihm darum zu thun sei, eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Er sei freimüßig von seinem Posten zurückgetreten, habe aber davon Abstand genommen, sich nach Königsberg abzuschieben zu lassen, wohin ihn der Zentralvorstand habe „versetzen“ wollen. Den Königsbergern habe er nicht das Leid antun wollen, sich einen Menschen ausdrängen lassen zu müssen, der nach der Meinung des Zentralvorstandes in Südwestdeutschland nicht seine Schuldigkeit getan haben oder der zu dumm sein solle zur Ausfüllung seines bisherigen Postens.

Himpel-Hamburg stellt Gerhardt das Zeugnis aus, daß er früher in Hamburg seine vollste Schuldigkeit getan, seine beste Kraft für die Organisation eingesetzt habe, das zu erklären, sei er dem Gerhardt schuldig. Es müsse hier offen ausgesprochen werden, daß die Agitations- und Aufklärungsarbeit unter dem Hamburgen Straßenbahner vorläufig nicht erfolgreich sei. Wegen der bevorstehenden Ton seitens des Zentralvorstandes müsse er sich wenden, denn von Berlin aus werde sich die Situation nie so überschaubar lassen, wie dies die Organisation am Orte thun könne. Des Weiteren polemisiert Redner gegen einige Maßnahmen des Zentralvorstandes und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß alle Differenzen beigelegt werden.

Dreher, Berlin stimmt nicht in das vom Vorredner dem Gerhardt gesendete Lob ein und schildert dessen Werten als Gauleiter. Tatsache sei, daß in Stuttgart Forderungen gestellt worden seien, deren Ausführbarkeit von vornherein festgestanden habe. Wenn man die Sympathie des Publikums gewinnen wolle, dürfe man nur Erreichbares verlangen. Was solle man dazu sagen, wenn unter den 25 Forderungen auch eine enthalten sei, die die Abhebung des zweiten Direktors verlange. Die Verantwortlichkeit dafür trage Gerhardt, der auch öffentlich erklärt habe, daß für die Stuttgarter Straßenbahner aus allen Teilen der Welt Geld zusammen kommen werde. Wenn der Straßenbahnerstreik in Sachen glimpflicher verlaufen sei, so könne sich dieses Verdienst Gerhardt nicht zuschreiben. Das sei dem Kollegen Dettmering zu verdanken, der es verstanden habe, die Sache noch rechtzeitig zu beenden. Die von E. angeführten Zahlen für seine angeblich erfolgreiche Tätigkeit stellt Redner an der Hand des Berichtes richtig.

Rausch, Frankfurt, der jetzige Leiter des Agitationsbezirks Südwest-Deutschland, polemisiert gegen Gerhardt, der ihn in einer Versammlung als unfähig zur Leitung des Gau's bezeichnet habe. Trotz seiner „Unfähigkeit“ sei es ihm gelungen, für die Organisation und für ganze Branchen bei Verhandlungen mit Unternehmern Vorbehalte herauszuklagen.

Dobler, München geht auf den Stuttgarter Straßenbahnerstreik ein, der eine vollendete Tatsache gewesen sei, als er nach Stuttgart raffe. Erst durch den dortigen Oberbürgermeister habe er die Absicht der eingereichten Forderungen erhalten, die Kollegen in Stuttgart seien mit ihr gar nicht im Besitz einer Mitsprache gewesen. Das seien doch unhaltbare Zustände! In einem etwa 100 Mitgliedebüchler gar nicht aufgeführten Gewerkschaften und an Tags zuvor eingetretene Mitglieder seien Streikunterstützungen in Höhe eines vollen Wochenlohnes ausgezahlt worden. Und was sei den Straßenbahnen nicht alles versprochen worden! Ihm, Redner, seien von gegnerischer Seite Sachen unterschoben worden, als wenn er Schuld an dem Ausgang des unvorbelebten inszenierten und schlecht geleiteten Streiks sei. Eine solche Mission sei es jedenfalls nicht, wenn jemand den Auftrag erhalte, eine verfahren Sache ins rechte Geleise zu bringen. Gerhardt habe große Fehler gemacht, soweit stehe für ihn, Redner, fest. Solche Fehler könnten und müßten vermieden werden.

Hamburg, 13. April.

Die gestern abgebrochene Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Schumann geht mit der früheren agitatorischen Tätigkeit Gerhardt's scharf ins Gericht. Der Vorschlag, E. nach Königsberg zu versetzen, sei deshalb gemacht worden, um ihn unter Kontrolle zu bekommen, an der es in seinem von ihm geleiteten Gau fehler habe. E., der damit nicht einverstanden gewesen

sei, habe darauf gekündigt; hätte er das nicht gethan, so wäre der Zentralvorstand verpflichtet gewesen, ihm zu kündigen. Nachdem Kollege Kaufe als Leiter des Gau's Südwest-Deutschland thätig sei, gehe es dort vorwärts, denn seit Januar seien schon 200 neue Mitglieder hinzugekommen, ein Beweis dafür, daß es nur an der Person E.'s gelegen habe.

Beschlossen wird, der Mandatsprüfungs-Kommission die zum Statut gestellten Anträge zur Veretzung zu überweisen.

Nachdem die Angelegenheit Gerhardt erledigt ist, wird die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt. In der Redezeit sind noch 29 Redner verzeichnet. Block, Berlin schildert die eigenartigen Arbeitsverhältnisse der Berliner Kohlenarbeiter, speziell die Entzweiteit und die hiermit verbundenen Mißstände, und erludt den Zentralvorstand, dieser Angelegenheit sein Augenmerk zuzuwenden. Ein süddeutscher Delegierter wünscht äußerste Vorsicht bei Lohnbewegungen; bei einigen Straßenbahnerstreiks habe er diese Vorsicht vernichtet. In der weiteren Debatte werden unterschiedliche interne Verbandsangelegenheiten erörtert, wobei auch darauf hingewiesen wird, daß im Interesse des Verbandes und der selbstgeschaffenen Institutionen die hier und dort vorhandenen persönlichen Neigungen zurückgebrängt werden müßten, denn ohne Disziplin könne eine Zentralorganisation den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden. Auch wurde die Rivalität der Organisationen untereinander bezüglich der Gewinnung von Mitgliedern scharf gerügt.

Diesrauf wird die Sitzung auf Dienstag, 8 Uhr, vertagt.

Hamburg, 14. April.

Maack-Wandsbeck bemängelt, daß Schumann bei einem Streik viel zu hohe Unterstützung zugesagt habe.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Pächler-Weipzig greift Himpel heftig an, dessen Verhalten gegen den früheren Hamburger Ortsverwaltungsbeamten Ohrt inoffiziell im höchsten Grade gewesen sei, und der gegen den Hauptvorstand einen Ton angeschlagen habe, der auf keinen Fall gutgehen werden könne. Ohrt sei erst genötigt worden, sein Amt anzunehmen, später habe man ihn mit allen erdenklichen, theilweise recht unschönen Mitteln so lange tribuliert, bis er zurücktrat. Auch Zimmer habe seine Sache sehr leicht genommen. Es sei bedauerlich, daß gerade die intelligenten Kollegen so verfahren.

Claffen-Hamburg beantragt, den Fall Himpel-Ohrt an eine Kommission zu verweisen. Dies wird abgelehnt.

Schöder-Bremervorden: Es ist verfehrt, zu erklären, unter den Straßenbahner solle nicht mehr agitiert werden. Dazu berechtigten Mißerfolge nicht. Im Verbands muß Disziplin und Unterordnung herrschen, sonst können wir nicht vorwärts.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem noch Prüßler-Berlin zur Sache gesprochen, angenommen.

Kaßler (Schlußwort): Ein gebundenes Mandat erhalten die Vorstandsmitglieder, welche zu Streiks delegiert werden, nicht. Wir ist nicht bekannt, daß die Redatoren gegen den „Mienankauf“ getilmt haben. In Arbeiterinstitutionen würden wir gern Geld anlegen, wenn wir es jeder Zeit abheben könnten. Das ist aber nicht der Fall. Der Antrag, in den nächsten 2 Jahren Gelder nicht mehr festzulegen, muß abgelehnt werden. Das Geld für die Straßenbahner ist nicht zum Fenster hinausgeworfen. Sie sind mindestens den Angehörigen anderer Berufe durchaus gleichwertig. Es ist durchaus verfehrt, Schumann stets als das Kornikel und die übrigen Vorstandsmitglieder als Strohpuppen hinzustellen. Dadurch wird ja eigentlich die „Diktatur“ des Vorstehenden gefördert. Schumann ist es gerade gewesen, der Gerhardt am längsten gehalten hat. Agitatoren absetzen ist eine mißliche Sache; muß es sein, dann muß energisch vorgegangen werden. Himpel's Ausführungen über die Straßenbahnerorganisation beweisen, daß er die Befugnisse des Hauptvorstandes falsch beurteilt. Solche Eigenmächtigkeiten dürfen den einzelnen Verwaltungsbeamten nicht erlaubt werden. — Redner verbreitet sich über Details des AbrechnungsweSENS.

Schumann (Schlußwort): Nirgends ist unser Geld sicherer angelegt, als bei der Deutschen Bank, nirgends zinstragender als in Berliner Straßenbahnaktien. — Bei der Gabeinrichtung geht es, jedes Mitglied gleich zu treffen. Handeln wir anders, dann kommen wir zu der alten Sonderbündel zurück, an deren Folgen wir heute noch tranen. Berlin muß mit gutem Beispiel vorangehen und Vorbildlich wirken nicht nur hinsichtlich der Unterstützungen, sondern auch hinsichtlich der Beitragsleistungen. Statt dessen hat Werner gerade gegen jede Erhöhung des Beitrags agitiert; er wurde freilich überstimmt. Er sollte niemals rückfälligen Anschauungen Rechnung tragen, zumal er ein brauchbarer, fähiger Kollege ist. Um die Konsumvereine bestimmteren wir uns pflichtgemäß, um überall im Interesse der Kollegenschaft Einbiß zu gewinnen. Ich habe trotzdem in Berlin im Verbands vollaus meine Schuldigkeit getan. Dort wird es aber nicht anders, so lange man in mir nicht den Mitkämpfer, sondern den Gegner sieht. Ich kann Persönliches vergessen; man reiche mir die Hand, ich nehme sie an. Der Straßenbahnerstreik war sehr sorgfältig vorbereitet. Bei Befegung des Brandenburger Gausortfaherpostens habe ich, offen gestanden, einen Fehler gemacht. Zimmer ist robust und bei alledem überempfindlich; er kann sanfte Wahrheiten nicht vertragen. Wir sind keine Bürokraten geworden; Anregungen müssen wir geben, das verlangen sogar die Kollegen. Die Unterstützungen sind theilweise viel zu hoch bemessen. Das Verbandsvermögen ist nicht zurückgegangen. Der Verbandsbeamte darf nie seine Kollegeneigenschaft vergessen. Die Sachen werden hoffentlich künftig einträchtlicher mit einander arbeiten; speziell müssen die Weipziger ihren persönlichen Knackh begraben. Richter hat gut gearbeitet. Die Gawe werden durch diese Generalversammlung jedenfalls erst richtig geregelt. Himpel hat der Generalversammlung den Beweis geliefert, wie schwer

es ist, mit ihm auszukommen und zusammenzuarbeiten. Der Fall Ohrt ist erledigt. Die Beamten müssen mit dem Vorstande in dem unter Kollegen üblichen anständigen Tone verkehren. Das gilt besonders für Himpel; die demokratische Unterordnung ist erste Pflicht des Zentralisten. Himpel wollte im Falle Ohrt Richter und Richter in einer Person sein; das durften wir aus einfachen Gründen der Gerechtigkeit nie und nimmer zulassen. Wäre es nicht der fähige Kollege Himpel gewesen, wir hätten ihn vielleicht keine Stunde mehr als Beamten geduldet, als er einfach dem Vorstande den schuldigen Gehorsam verweigerte. Disziplin muß sein. Himpel weiß sie in Hamburg sehr gut durchzusetzen, möge er sie sich dem Vorstande gegenüber zur Pflicht machen. Seine Äußerung über die Straßenbahner war sehr thöricht Angesichts der Versuche von anderer Seite, gesonderte Straßenbahnerorganisationen zu gründen. Die Straßenbahner sind prospektual am besten organisiert, sie werden einmal die Kerntrippe unseres Verbandes bilden. — Wir haben liberal anregend und belebend gewirkt und unsere Weisungen sind durchweg auf guten Boden gefallen. Gerade unsere scharften Kritiker, wie Himpel, haben am meisten von uns gelernt. Daß gerade Himpel als Schüler seinen Meister übertröffen hat, erkenne ich gern an. — Die Berliner haben partikulärische Annäherungen gezeigt, die dem Verbands durchaus schädlich sind. — All diesen unliebsamen Vorkommnissen muß durch entsprechende Fassung des Statuts ein für alle Male vorgebeugt werden. Alle meine Handlungen sind diktiert von dem Bestreben, der Allgemeinheit zu nützen. — In Hamburg wünsche ich mir einwilligen keinen anderen Bevollmächtigten als Himpel, der überaus eifrig ist. Claffen ist nicht ganz unschuldig an den persönlichen Differenzen in Hamburg; gerade er sollte mehr das Sachliche berücksichtigen. — Wir haben Niemandem zu Leide oder zu Liebe, sondern rein aus Gerechtigkeitserwägungen gehandelt, und zwar der Gesamtvorstand solidarisch und einheitlich. Darum sollte man uns nicht das Leben so unruhig machen. Arbeiten alle in diesem Sinne, dann werden wir der nächsten Generalversammlung einen ganz anderen Bericht vorlegen können. — Die Anfrage Maack's ist dahin zu erledigen, daß besondere Zustände eine Ausnahmestellung notwendig gemacht.

Die Hamburger Delegierten geben folgende Erklärung ab: In der Angelegenheit Ohrt erklären Unterzeichnete, daß das vorgeschriebene Entlassungsgeheft als Ortskassierer und später als besetzter Einkassierer nicht eine Anordnung Himpels gewesen, sondern Beschluß der gesamten Ortsverwaltung, Distrikts- und Sektionsleitungen, Redatoren und Vertrauensleute gewesen ist. Wir verwahren uns ganz energisch dagegen, daß man Anordnungen, welche der Kollege Himpel im Auftrage der Ortsverwaltung auszuführen hat, dem Kollegen Himpel in die Schuhe schiebt. In allen Fragen, und ganz besonders im Falle Ohrt, übernehmen die Unterzeichneten die volle Verantwortung mit. Wir bedauern, durch den Schlußantrag verhindert zu sein, den Delegierten ein klares Bild über die Sache Ohrt's geben zu können. Wir müssen jedoch unsere Entrüstung darüber aussprechen, daß der Kollege Bächler in einer Art und Weise die v. Angelegenheit vorgetragen hat, die das Ansehen der Person Himpel in Mißredit bringen mußte.

W. Wagner, J. Wölk, H. Dörchen.

Claffen, Feiß, Grabert, J. Maack.

Es folgt eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen, woran sich etwa ein Duzend Delegierte beteiligen. Seitens des Genossen Legien (Generalkommission) ist auf Anregung von Dettmering, Eberfeld die Erklärung abgegeben worden, daß an die Anstellung eines Agitators für Rheinland-Westfalen seitens der Generalkommission z. T. nicht gedacht werden könne; auch die Hauptvorstände der Gewerkschaften seien dafür nicht zu haben. Er empfehle, daß die 18 Gauleiter der einzelnen Verbände an einem Orte sich zusammenfinden und dann die gewandtesten Arbeiten gemeinschaftlich verrichten. In der Nachmittags Sitzung gelangen zunächst einige Begrüßungsschreiben zur Verlesung.

Den Bericht der Redaktion erstattet Dreher-Berlin, der auf den allgemeinen Fortschritt des Journalismus in Deutschland und die Bedeutung der Gewerkschaftspresse hinweist, deren Zweck sei, aufklärend und bildend zu wirken und die Mitglieder über alle Vorkommnisse im öffentlichen Leben und über Berufsfragen zu unterrichten. Im Allgemeinen werde man behaupten können, daß das Verbandsorgan seiner Aufgabe gerecht geworden sei. Ein Redakteur solle nicht allein in allen Berufsfragen zu Hause sein, er solle auch im Stande sein, in nicht verlegender Form Dinge auszuhebeln, die abzumehren dem Gegner schwer falle. Redner schildert recht anschaulich die „Freuden“ eines Gewerkschaftsredakteurs und bittet die sehr fleißigen Korrespondenten, nur aber wichtige Dinge zu berichten. Die Versammlungsangelegen, die oft nur für 20 bis 30 Personen berechnet seien, nähmen viel Raum ein und kosteten mehr als sie einbrächten. Wenn diese Anzeigen in Fortfall kämen, könnte der gewonnene Raum besser vermerthet werden. Mehr Sorgfalt müsse man auf eine gute internationale Berichtserstattung legen, ebenso müßten Berichte über Verhandlungen der Schiedsgerichte für Arbeiterverehrung, über Wirtschaftspolitik z. gebracht und der Feuilletontheil ausgestattet werden, wozu allerdings Mittel erforderlich seien. Redner behandelt zum Schluß die Frage, ob der Zentralvorstand oder die Bezirkskommission bei Beschwerden entscheiden solle. Entweder werde das Blatt unter die „Diktatur“ des Vorstandes gestellt oder die Bezirkskommission habe zu entscheiden; eins von beiden könne es nur geben, der Dualismus müsse aufhören.

Im Namen der Bezirkskommission berichtet Bauernefeind-Mürnberg über die eingegangenen Beschwerden, welche die Nichtaufnahme bzw. Besneidung von Berichten betreffe.

In der Debatte tritt ein Redner für die Verlegung des Blattes von Berlin nach Weipzig ein. Auf den letzten

Teil der Ausführungen des Referenten erwidert Schumann, der Zentralvorstand vertrete den Standpunkt, daß dem Redakteur Bewegungsfreiheit gestattet werden müsse, daß aber im Uebrigen das Organ des Verbandes nicht allein der Redaktion und der Pressekommision unterstehe, sondern daß auch dem Zentralvorstand ein Einfluß auf das Organ zustehe.

Es liegt eine große, den Inhalt und die Erscheinungsart des „Courier“ betreffende Anzahl Anträge vor, die eine lang ausgebreitete Debatte verursachen. Ein Redner wünscht, daß in anderen Berufszweigen dieselbe Aufmerksamkeit gewidmet werde wie den Straßenbahnern, über welche Bewegung mitunter spaltenlange Berichte und Artikel im „Courier“ läuben.

Um 6 Uhr wird beschlossen, eine Abendigung stattfinden zu lassen. Es tritt eine halbstündige Pause ein.

Hamburg, 14. April.

In der Abendigung wird fortgefahren in der Debatte über den Bericht der Redaktion und der Pressekommision. Es wird noch folgender Antrag zur Beratung gestellt:

„Durch Verstellung unseres Fachorgans durch Rotationsdruck lassen sich wesentliche Ersparnisse erzielen, weshalb dieser Druck einzuführen ist. Mit dem Druckauftrag wird die Leipziger Buchdrucker Artzengemeinschaft beauftragt, was sich insbesondere empfiehlt, als daß die zentrale Lage Leipzigs die Expedition sich vorteilhafter gestaltet.“

An der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials begründet Werner Leipzig vorkommenden Antrag, den er aus finanziellen Gründen zur Annahme empfiehlt. Schuyk, Berlin wendet sich lebhaft gegen den Antrag, dessen Annahme eine Verschlechterung der äußeren Beschaffenheit des „Courier“ herbeiführen würde. Das letzte Exterieur des Blattes unterscheidet sich vorteilhaft von dem der anderen, mittels Rotationsdruck hergestellten Blätter.

Nach weiterer Aussprache wird ein Schlußantrag angenommen, worauf Redakteur Dreher auf alle im Laufe der Debatte erhobenen Einwände eingeht und hervorhebt, daß in Folge der inzwischen gesallenen Papierpreise die Herstellung des „Courier“ bei Maurer & Dimmig in Berlin sich bedeutend billiger stelle als die von der Leipziger Druckerei eingeordnete Fertige, obwohl der Berliner Druck bedeutend sauberer sei als der Leipziger Rotationsdruck. Damit falle die ganze Berechnung Werners. Redner erucht die Verichteratter, bei Abfassung von Berichten nicht ihre subjektive Meinung zum Vortrage zu geben, sondern nur objektiv zu schreiben, wibrigenfalls solche Berichte zurückgewiesen werden müßten; auch müßten alle überflüssigen Nebenwendungen vermieden werden. Des Weiteren erucht er die Korrespondenten, ihre Berichte nicht kurz vor Redaktionsschluß einzuliefern. Nach einem kurzen Schlußwort des Obmannes der Pressekommision wird zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten, von denen folgende zur Annahme gelangen.

„Das Fachblatt nach Möglichkeit zu erweitern. Ferner eine Rubrik einzurichten, welche sich mit der Lage der weiblichen Berufsangehörigen beschäftigt.“

„Eine Rubrik einzurichten: „Aus anderen Gewerkschaften.“

„Das Adressenverzeichnis der Verbandsfunktionäre, sowie der Versammlungskalender erscheinen alle Quartale als Beilage im „Ottav“ oder Taschenformat.“

„Die Versammlungsberichte möglichst einzuschränken, ev. soweit irgend angängig, ganz fortzulassen.“

Der Antrag auf Herstellung des Organs mittels Rotationsdruck wird abgelehnt.

Angenommen wird in namentlicher Abstimmung noch folgender Antrag Frankfurt a. M.: Die Rubriken „Versammlungskalender“ und „Adressenverzeichnis“, sowie Anzeigen im „Courier“, sollen in Zukunft fortfallen, um mehr Raum für den redaktionellen Teil zu gewinnen.

Hierauf wird der Antrag auf Entlassung des Gesamtvorstandes, der Redaktion und der Pressekommision einstimmig angenommen, ebenso der Antrag, dem Kassierer für die verlossene Periode 200 M. Mantelgeld zu gewähren.

Beschlissen wird, in Zukunft den schriftlichen Bericht des Ausschusses fortfallen zu lassen.

Ferner wird noch ein Antrag angenommen, der eine Regelung der Ladezeit der Berliner Kohlenarbeiter verlangt.

Um 9<sup>1/2</sup> Uhr wird die Sitzung auf Mittwoch Morgen verlag.

Hamburg, 15. April.

Ueber „Die Gauentheilung und deren weiteren Ausbau“ referirt Schumann: Die Gauenorganisation hat sich im Allgemeinen bewährt; die Zahl der Beiträge ist sehr gestiegen als die Mitgliedszahl, ein Beweis der Freiliegung der Organisation durch brauchbare Agitatoren. Das weisen die nicht unerheblichen Kosten auf. Eingegangene Verwaltungskosten sind wieder ins Leben gerufen, schwächere getränkt worden. Geeignete Verwaltungskräfte, namentlich Kassierer, werden durch die fortgesetzte Unternehmung durch die Bezirksleiter herangebildet. Die Agitation in den großen Orten allein genügt nicht, da diese gerade unter dem Zugung Indifferenter aus den kleineren Orten leiden. In diesen muß vorgearbeitet werden im Interesse namentlich der Lohnbewegungen. — Redner beipflichtet ausdrücklich die Verhältnisse in den einzelnen Gauen, namentlich in Süddeutschland und in Rheinland-Westfalen. Er bittet, den Antrag des Zentralvorstandes, welchen er ausführlich erläutert und begründet, unverändert anzunehmen. Derselbe lautet:

Dem Statut ist folgender Paragraph einzufügen: § 17a. 1. Der Vorstand hat das Gebiet des Deutschen Reiches in Gauen einzuteilen, sowie die Gavourorte zu bestimmen. 2. Die Leitung der agitatorischen sowie sonstigen Verbandstätigkeit wird einem aus 5 Mitgliedern, und zwar dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, einem Schriftführer und zwei Beisitzern bestehenden Gauenvorstand übertragen. 3. Der

Gauenvorstand wird vom Vorstand nach Verständigung mit den im Bezirk liegenden Verwaltungen ernannt. Die übrigen Mitglieder werden von der Mitgliedschaft des Gavourorts gewählt und gelten hierfür in § 17 Abs. 2 für die Wahlen zur Ortsverwaltung maßgebenden Bestimmungen. 4. Die Gauenstände üben ihre Tätigkeit im Auftrage des Vorstandes nach den von diesem aufgestellten leitenden Grundrissen aus. Sie haben die Agitation im Bezirk zu betreiben, bei Lohnbewegungen und Differenzen die Interessen des Verbandes zu wahren, staatsliche Erhebungen einzuleiten, Revisionen vorzunehmen, sowie alle ihnen vom Vorstand übertragenen Verbandsaufgaben zu erledigen. 5. Die Gauenstände haben dem Vorstand mindestens zwei Mal im Monat eingehend Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten, sowie ihn über alle Vorkommnisse im Gauen auf dem Laufenden zu erhalten. 6. Zur Deckung der Kosten für die Gauenagitation haben die Ortsverwaltungen 10 Pf. pro Vierteljahr und Mitglied an die Hauptkassa abzuführen, den Rest trägt die Hauptkassa.

Schumann führte aus: Weiter müssen in den großen Orten Einrichtungen geschaffen werden, die den Kollegen als Mittel- und Stützpunkt dienen. In Köln wird zur Entlastung Dettmering's ein Gauleiter eingesetzt werden, ebenso in Stuttgart, wenn nicht Württemberg ganz für die Organisation verloren gehen soll. Der bayerische Gau muß geteilt werden, da er zu umfangreich ist; dem Verlangen der Nürnberg-Fürther muß entsprochen werden. Weiter kommt Hannover in Betracht. Verantwortlich läßt sich das in den nächsten zwei Jahren, wenn alle Mitgliedschaften ihre Schuldigkeit thun. Beschließen Sie, pro Mitglied und Quartal 10 Pf. Gaubeitrag abzuführen.

Müwes-Halle: Der Merseburger-Mansfelder Kreis muß durch einen unabhängigen Kollegen intensiver bearbeitet werden. — Martin's-Erfurt besaupt, daß die Gewerkschaftstabelle vielfach eine geradezu unverständig feindselige Stellung gegen den Verband einnehmen. Weiter beklagt er den Mangel an geeigneten Kräften und verlangt, daß das Verbandsbüro der Notwendigkeit und des Wertes hoher Beiträge mehr nachgeht werde. — Lütz-Bremerhaven: Bei Eintheilung der Gauen ist die geographische Lage mehr zu berücksichtigen. Redner wendet sich gegen den Vorstandsvorschlag, den Gauenvorsitzenden vom Vorstande ernennen zu lassen. Dadurch werde der Diktator das Thor geöffnet und ermöglicht, daß schwere Fehler begangen werden zum Schaden des Verbandes. — Richter-Geminnig schildert die eigenartigen sächsischen Verhältnisse und empfiehlt die Abhaltung von Bezirksversammlungen z. B. im Vogellande, wo die Sucht, Feste zu feiern, grassire. Der Gauleiter müsse sich in einer gewissen Unabhängigkeit von dem Gauenvorstande befinden. — Albstadt-Hannover befristet seinen Antrag auf Einsetzung eines Gauleiters in seinem Orte. Das werde auch der Hebung der in Hannover selbst sehr darniederliegenden Organisation dienlich sein, zumal mit dem welschen Partikularismus zu rechnen sei. — Schmitz-Leipzig: Es hat eine gewisse Manie Platz gegriffen, Gauenagitatoren anzustellen, die zu unserer finanziellen Leistungsfähigkeit in keinem Verhältnisse steht. Der Erfolg, den wir bis jetzt sehen, rechtfertigt das nicht. Redner legt seinen gemeinsamen Standpunkt eingehend dar. Nur im äußersten Nothfalle dürfen Gauleiter angestellt werden. — Wagner-Hamburg: Eine Haupt-schwierigkeit liegt in dem geringen Bildungsgrade vieler Kreise unserer Berufsangehörigen. Die Gaubeiträge müssen nach vollzählenden Mitgliedern entrichtet werden. — Kräfer-Berlin: Gauenvorstände sind nöthig zur Kontrolle der Ausgaben der Gauenbeamten. — Hinzel-Hamburg: Es ist selbstverständlich, daß die Kollegen im Gauen das Vorschlagsrecht haben, dem Hauptvorstande aber muß das Vorkaufsrecht bleiben. Redner verbreitet sich eingehend über Verwaltungsdetails. Auf die Hilfe der Gewerkschaftstabelle verzichte ich schon seit langer Zeit; man kommt ohne diese ebenso weit. — Kleinmüller-Fürth: Die Einsetzung eines Gauleiters in Nürnberg würde einen gewaltigen Aufschwung des Verbandes zur Folge haben. — Döbler-München begrüßt gleichfalls die Theilung Bayerns als praktisch. Die großen Verwaltungsstellen sollten in dem Gauleiter nicht den Spiegel des Hauptvorstandes sehen, dem man mit Mißtrauen begegnet. — Classen-Hamburg macht Vorschläge, wie die Agitation am praktischsten betrieben werden könne. Von dem von Legien gemachten Vorschlag der Vereinigung der Gauleiter aller Verbände verspreche er sich nicht viel. — Bender-Magdeburg: Man muß vorsichtig erwägen, ob der Aufwand in Entgelt steht mit den erzielten Resultaten, man darf sich nicht übertriebenem Optimismus hingeben. Dard's Mißerfolg in Frankfurt a. M. macht mich mißtraulich. Die Kontrolle des Gauleiters ist nöthig, denn das Amt giebt nicht allemal den rechten Vorstand. — Werner-Berlin: Die Zahl der Gauleiter zu vermehren, ist zur Zeit ganz verfehlt. Schumann ist stark in Zustimmung. Erst müssen wir dem Verbands eine stabile finanzielle Grundlage schaffen. Ein genommener Streit ist mehr werth als ein guter Agitator. Heute leben wir von der Hand in den Mund. Agitation muß betrieben werden unter den Mineralwasserarbeitern und Leitergerätharbeitern. Es sprechen noch Gebert-Berlin, Kückel-Magdeburg, welcher Hausagitation und wöchentliche Beitragszahlung empfiehlt und gegen den Versuch der Wiener spricht, die Wertverlust für sich in Anspruch zu nehmen, Meyer-Ser-München, Kosjudo-wski-Köln, Stange-Leipzig, Pause-Frankfurt a. M.

Nach einem kurzen Schlußwort Schumann's wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Vorstandes findet Annahme, ebenso der Antrag Hamburg:

„Die Gauenvollständigen haben halbjährlich in Tabellenform Bericht über alle bemerkenswerthen Vorgänge ihres Gauen zu geben. Diese Berichte sind im „Courier“ zu veröffentlichen.“

Unter Ablehnung der übrigen Anträge wird ein Antrag Dreher angenommen:

„Gauleiter sind nur im Falle dringender Nothwendigkeit unter Rücksichtnahme auf die Mittel des Verbandes anzustellen.“

Hierauf gelangt der dritte Punkt zur Beratung: Paritätische Arbeitsnachweise. Der Referent, J. im er-Breslau, bittet um Annahme folgender Resolution:

„Die Generalversammlung sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsvermittlung unter Kontrolle der Organisation in eigenen Nachweiskräften zu erfolgen hat.“

Sie verpflichtet den Vorstand überall da, wo die Möglichkeit der Errichtung von Arbeitsnachweisen vorhanden ist, die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen und die nothwendige finanzielle Beihilfe zu leisten. Die Generalversammlung erklärt, diesen Standpunkt erst dann zu Gunsten der paritätischen Arbeitsvermittlung aufgeben zu wollen, wenn genügende Garantien dafür geboten werden, daß der Organisation ein bestimmender Einfluß auf die Vermittlung eingeräumt wird und die nothwendigen Vermittlungskräfte aus den Reihen der organisirten Kollegen genommen werden.“

Ueber „Unsere Taktik bei Lohnkämpfen“ referirt Schumann, der die Anwendung äußerster Vorsicht bei Anzeigerung von Lohnkämpfen empfiehlt. Mindestens die Hälfte der in einer Gruppe beschäftigten Arbeiter müsse der Organisation angehören, bevor in eine Lohnbewegung eingetreten werden darf. Die Statistik über die Lohnbewegungen ergebe, daß bei den meisten der in Betracht kommenden Berufsgruppen das Gros weniger als sechs Monate der Organisation angehört habe. Es seien ja viele Erfolge erzielt worden, aber viele Kollegen seien kurz nach der „Ernte“ abgesprungen, was den Unternehmern nicht entgangen sei, und der Rückschlag sei bald darauf erfolgt. Man dürfe nicht aus den Augen lassen, daß die Unternehmern von den Arbeitern gelernt und sich ebenfalls organisiert haben. Mit Ausnahme der Straßenbahn-Verwaltungen seien die Unternehmern in unserem Beruf zu Unterhandlungen geneigt, und deshalb dürfe man solchen nicht aus dem Wege gehen. Ebenso müsse man bestrebt sein tarifliche Vereinbarungen einzugehen, die nicht von allzu langer Dauer sein dürften. Redner erucht um Beachtung seiner Anregungen, dann werde es auf diesem Gebiete besser aussehen.

Die Debatte über diesen Punkt wird zurückgestellt und zunächst Punkt 8 der Tagesordnung zur Beratung gestellt: Unser Verhältnis zu den Genossenschaften. Referent Schuyk, Berlin rügt scharf die von ihm beobachtete Thatsache, daß die in den Genossenschaften thätigen Genossen sehr häufig für die Gewerkschaftsbewegung verloren gehen, indem sie, die sich in guten Positionen befänden, sich um nichts weiter mehr kümmern als um die Genossenschaften. Das sei tief zu bedauern, da es sich um viele intelligente Genossen handle. Im Weiteren verteidigt Redner die in nachfolgender Resolution niedergelegten Ansichten und wendet sich scharf gegen Sonderorganisations-Vestrebungen der in den Genossenschaften thätigen Arbeiter, speziell der Lagerhalter, die solchen Vestrebungen huldben. Am Schluß seines Referats erucht er den Vertreter der Generalkommision, sich zu diesen Vestrebungen zu äußern. Die Resolution lautet:

1. Die dritte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands erblickt in der Entwicklung und Ausbreitung der genossenschaftlich organisirten Unternehmungen einen Fortschritt auf dem Gebiete der Produktion und des Waarenankaufes.

Im Gegensatz zu rein kapitalistischen Unternehmungen unterscheiden sich die genannten Betriebe durch ihre demokratische Grundlage. Diese bedingt zugleich eine Regelung des Arbeitsverhältnisses nach modernen genossenschaftlichen Anschauungen und Grundrissen. Daraus ergibt sich die Nothwendigkeit dauernder tariflicher Abmachungen zwischen den in diesen Betrieben thätigen Handels- und Transportarbeitern und den Betriebsleitungen genannter Unternehmungen.

Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, mit dem Verbands-Deutscher Konsumvereine, welcher selbst ein Produkt moderner Anschauungen ist, in Verbindung zu treten, um mit diesem gemeinsam das vorher bezeichnete Ziel zu erreichen. Weiter müssen die Genossenschaften verpflichtet werden, die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften, soweit solche vorhanden sind, bei Bedarf von Arbeitskräften zu benutzen.

Die Generalversammlung erklärt die Versuche, welche von Seiten des Lagerhalterverbandes, offiziell und inoffiziell, unternommen werden, um eine Organisation aller in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Angestellten zu schaffen, als mit dem Geiste moderner Gewerkschaftsorganisationen und den Beschlüssen Deutscher Gewerkschaftsorganisationen unvereinbar. Die Generalversammlung erklärt mit aller Deutlichkeit, daß die in Konsum- und sonstigen genossenschaftlichen Unternehmungen beschäftigten Handels- und Transportarbeiter zum Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands gehören und daher Zerpfitterungsverfuche jeder Art mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen.“

In der Debatte bemerkt Legien, daß er eine bindende Erklärung der Generalkommision nicht geben könne, da diese hierzu noch nicht offiziell Stellung genommen habe. Die Generalkommision vertrete in ihrer Mehrheit die Ansicht, daß eine Sonderorganisation für die in Genossenschaften thätigen Arbeiter z. nicht nöthig sei, da es sich um Leute handle, die sich in keinem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis befänden. Was die Verwaltungsbeamten in Krankenkassen zc. anlange, so müsse stets und ständig darauf hingewiesen werden, daß es Pflicht dieser Beamten sei, nach wie vor ihren Organisationen anzugehören und ihnen ihre Kraft zur Verfügung zu stellen. Die Generalkommision habe in einer Bepredung hierüber folgenden Grundsat aufgestellt: „Die Angehörigkeit zu einer besonderen Organisation der

Verwaltungsbeamten entbindet die aus den Berufsorganisationen hervorgegangenen Beamten nicht von der Verpflichtung der Zugehörigkeit zu ihrem alten Verbande.

Josephsohn, Vertreter des Handlungsgehilfenverbandes, weist darauf hin, daß der Lagerhalterverband bereits Schritte zur Organisation der in den Genossenschaften thätigen Verkäufer und Verkäuferinnen eingeleitet habe. Hiergegen wehren wir uns und wünschen für unsere Bestrebungen die Unterstützung Ihres Verbandes.

In der weiteren Debatte wird das Vorgehen der Lagerhalter scharf kritisiert und die Realität der in Betracht kommenden Verbände in puncto Gewinnung von Mitgliedern angezweifelt.

Ferner wird noch folgender Antrag angenommen: „Zu den Verhandlungen des Verbandstages der Konsumvereine in Dresden ist ein Vertreter des Zentralvorstandes zu beauftragen.“ Mit der Vertretung wird Schulzki beauftragt.

Alsdann wird die Debatte über Punkt 4 eröffnet. Das Wort wird nicht gewünscht. Zur Annahme gelangen nach einige das Streikreglement betreffende Anträge: „Mindestens die Hälfte der für den Streik in Betracht kommenden Beschäftigten müssen organisiert sein und vor jedem Streik muß eine Abstimmung herbeigeführt werden, welche ergeben muß, daß mindestens drei Viertel der Beschäftigten sich für den Streik erklären.“

Ueber die „Gehaltsregulierung der Verwaltungsbeamten“ referiert Schulzki in Berlin, der folgende Vorlage zur Annahme empfiehlt:

Sämtliche Verwaltungsbeamte, einschließlich der Ortsbeamten, werden vom Zentralvorstand auf Grund eines einheitlichen Vertrages angestellt. Für die Ortsbeamten haben die örtlichen Verwaltungen das Vorschlagsrecht. Mit der Ausarbeitung des Vertrages wird die Zentralleitung beauftragt.

Hierbei sind folgende Grundsätze zu beachten. Das Gehalt soll betragen: für sämtliche Verwaltungsangestellte, ausschließlich der angestellten Eintassierer, vom Tage der Festanstellung an pro Jahr 1800 Mk., jährliche Zulage 60 Mk., Höchstgehalt 2400 Mk.; für die Eintassierer vom Tage der Festanstellung an pro Jahr 1650 Mk., jährliche Zulage 60 Mk., Höchstgehalt 2250 Mk.; ferner für die Bevollmächtigten, Geschäftsführer, den Redakteur und die Hausbewohnmächigen eine Extravergrütung von jährlich 150 Mk., für den Verbandsvorsitzenden zur Verbandsvertretung und für besondere Auslagen jährlich 250 Mk., für die Ortskassierer auf 1000 Mk. Einnahme 1 Mk. Monatslohn, für den Hauptkassierer auf 1000 Mk. ein solches von 5 Mk.

Die weiteren Bedingungen hinsichtlich der Unterstellungen in Sterbefällen, Ferien etc. entsprechen den von dem Verein Arbeiterpresse aufgestellten Grundrissen.

Nach trager Debatte, in der sich die meisten Redner mit dem Vorschlage einverstanden erklären, wird derselbe in namenhafter Abstimmung mit 17 019 gegen 1892 Stimmen bei 610 Stimmenthaltungen angenommen.

Die nicht besetzten Verbandsfunktionäre sollen eine angemessene Entschädigung erhalten.

Nachdem beschlossen ward, eine Abend Sitzung stattfinden zu lassen, trat um 6 1/2 Uhr eine halbblündige Pause ein.

Hamburg, 15. April.

Abend Sitzung.

Zunächst wird beschlossen, die Gehaltsfestsetzungen etc. am 1. April in Kraft treten zu lassen.

Ueber das Thema: „Wie vertreten wir die Interessen der Straßenbahner am wirksamsten?“ referiert Rathmann in Berlin, der zunächst eine detaillirte Schilderung der Entwicklung des Straßenbahnwesens gibt. Die Verwaltungen, fährt er fort, haben sich eine nicht zu unterschätzende Organisation geschaffen, die fast alle, in Preußen alle, Betriebe umfaßt, eine Organisation, die es trefflich versteht, ihre Interessen sowohl dem Staate, wie den Angestellten gegenüber zu vertreten. Sie ist international. Redner legt das ausführlich auseinander, um dann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner zu besprechen. Die Hamburger Straßenbahner habe durch den verstorbenen Direktor Köhl behaupten lassen, in Hamburg seien die Straßenbahner sehr zufrieden. Warum? das ist sein Geheimnis. Die Berliner lasse erklären, ihr sei es gleichgültig, wo ihre Angestellten organisiert seien; aber sie würden genötigt, bei der Anstellung in den Straßenbahnverein zu gehen. Als Röder werden allerlei Unterstellungen benutzt. In Berlin plane man eine Art Konsumverein. Gleichwohl verlange das Alles in Berlin nicht, wo die Organisation gut fortgeschritten. Auch er sei überzeugt, daß die Straßenbahner einmal eine tüchtige Truppe des Verbandes bilden werden. Prozentual seien sie jetzt schon besser organisiert als die anderen im Verbands vertretenen Berufe. An Unterstellungen sollten sie den Ortsverwaltungen nicht viel. Aber der Verband müsse ihnen seine Hilfe sichern, besonders durch Bearbeitung der gelegentlichen Körperschaften dahin, daß die Straßenbahner der Gewerbeordnung unterstellt werden. Das sei besonders notwendig angesichts des Bestrebens der Verwaltungen, ihre Leute in der Dummheit zu erhalten.

Diskussion wird nicht beliebt. Es liegt folgende Resolution vor:

Die dritte Generalversammlung erklärt das Eingreifen des Verbandes, die rechtliche Stellung der Straßenbahner zu sichern, als eine unbedingte Nothwendigkeit. Die Generalversammlung giebt ihre Zustimmung zu den bisherigen Maßnahmen und erklärt sich speziell mit folgendem auf dem Vieren Deutschen Gewerkschaftskongress angenommenen Resolution einverstanden:

„Durch den § 152 der Gewerbeordnung ist allen in gewerblichen Anlagen beschäftigten Gehilfen, Arbeitern etc. das Koalitionsrecht gewährleistet. Da auch die Straßenbahnen gewerbliche Anlagen sind, liegt den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten — Gewerbegehilfen — das Recht der Koalition ebenfalls zu. In Ermängung nun, daß anlässlich der Bewegung der letzten Jahre seitens der Gerichte sowohl als auch

von Mitgliedern der Regierung einzelner Bundesstaaten der Auffassung Raum gegeben worden ist, daß die Straßenbahner der Gewerbeordnung nicht unterliegen, beschließt der Kongress:

Seitens der gelegenden Körperschaften sind Bestimmungen zu treffen, in denen klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die Straßenbahngestellten der Gewerbeordnung unterliegen.

Der Kongress hält weiter die Einführung von Bestimmungen, welche den Angestellten die Ausübung des Koalitionsrechtes in der Praxis garantiren, für unbedingt nothwendig.“

Die Stellung der Straßenbahner unter die Gewerbeordnung ist mit allem Nachdruck zu verlangen, und drückt die Generalversammlung ihre hohe Befriedigung darüber aus, daß die deutsche Arbeiterschaft, die durch den deutschen Gewerkschaftskongress repräsentirt wird, denselben Standpunkt durch vortheilhafte Resolutionen festgelegt hat. Um in geeigneter Weise auf die gelegenden Faktoren einzuwirken und allen außerhalb des Zentralverbandes in lokalen und sonstigen Vereinigungen zusammengeschlossenen Straßenbahngestellten die Möglichkeit hierzu zu geben, beauftragt die Generalversammlung den Zentralvorstand, zur geeigneten Zeit einen Kongress aller im Straßenbahn- und ähnlichen Betrieben beschäftigten Personen einzuberufen.“

Dieses wird einstimmig angenommen.

Himpel-Hamburg referirt über „Die Erhebungen im Transportgewerbe und deren Ergebnis.“ Er erinnert daran, daß es sich um eine oft erörterte Frage handele, die besonders in Nürnberg eingehend diskutiert worden sei. Inzwischen seien seitens der Regierung endlich Erhebungen veranlaßt worden, freilich nicht den berechtigten Wünschen der Arbeiter entsprechend. Der amtliche Fragebogen sei geradezu unverständlich gewesen, eine rechte Grüne-Tisch-Arbeit. Deshalb sei die vom Verbands veranfaßte Enquete durchaus nothwendig gewesen; grauenhafte Zustände seien enthüllt worden, sogar in Hamburg, wo wohl noch die Lage am besten sei. Redner schildert dies näher, gleichzeitig die Forderungen der untenstehenden Resolution erläuternd und begründend.

Zimmer-Breslau ergänzt die Ausführungen durch Mittheilung über Erfahrungen, die er an seinem Wohnorte gemacht. Bremen seien als unruhig bezeichnet vom Drohschiffbesitzerverein, weil — doch Unfälle vorkommen könnten.

Dörchen-Hamburg schildert die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der langen Arbeitszeit.

Die Resolution lautet:

„Die Generalversammlung konstatiert mit Genugthuung, daß den Wünschen des zweiten Berufskongresses zu Nürnberg von Seiten der Regierung durch die veranstalteten Erhebungen im Transportgewerbe Rechnung getragen worden ist, und giebt sich der Hoffnung hin, daß den in nachstehender Resolution festgelegten Forderungen ebenfalls Beachtung geschenkt wird.“

Durch die statistischen Erhebungen, welche nothwendiger Weise seitens des Verbandes zur Kontrolle der angestellten amtlichen Erhebungen im vorigen Jahr im privaten Transport- und Fuhrgewerbe veranlaßt worden sind, ist festgestellt, daß eine durchschnittliche 15 stündige Arbeitszeit vorhanden ist.

Diese Feststellungen sind Beweise dafür, daß die Lage der hier in Betracht kommenden Berufsangehörigen eine überaus traurige, Gesundheit und Familienleben der Beteiligten schwer schädigende ist.

Da die Organisation es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Interessen aller Berufsangehörigen zu vertreten, erachtet es die Generalversammlung als ihre Pflicht, an die maßgebenden Stellen im Reich heranzutreten und für die in Betracht kommenden Berufsangehörigen die Schaffung folgender schutzgesetzlichen Bestimmungen zu verlangen:

1. Die Schaffung eines Normalarbeitstages von zehn Stunden.
2. Unterbrechung dieser Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen.
3. Erlaß von Schutzvorschriften, welche geeignet sind, Leben und Gesundheit der Berufsangehörigen zu sichern.
4. Erlaß von Vorschriften, durch welche den Unternehmern die Pflicht auferlegt wird, für geeignete Aufenthalts- und Umkleeräume Sorge zu tragen.
5. Erlaß von Bestimmungen, durch welche für die in Koll und Logis lebenden Berufsangehörigen das Schlafen in Stellungen verboten wird.
6. Erlaß von Bestimmungen, welche die Durchführung der Sonntagsruhe garantiren.

Um diesen Forderungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen und allen außerhalb des Zentralverbandes, in lokalen Berufsvereinigungen etc., zusammengeschlossenen Berufsangehörigen die Möglichkeit einer Aussprache zu geben, beauftragt die Generalversammlung den Zentralvorstand, zur geeigneten Zeit einen Kongress aller im Transport- und Fuhrgewerbe beschäftigten Personen einzuberufen.“

Es erfolgt einstimmige Annahme.

Angenommen wird ferner folgender Antrag: „Bei der Reichsregierung ist zu beantragen, daß für die im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Inspektoren angestellt werden, denen aus den Reihen der Berufsangehörigen durch Wahlen hervorgegangene Hilfskräfte zur Seite zu stellen sind.“

Sämtliche „blöthe Anträge“ werden der Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Es folgt die Wahl der Verbandsleitung. Vorher wird folgende Statutenänderung angenommen:

Zu § 12. In Absatz 1 anstatt „lesen“ zu setzen „neun“ und hinter „dem Sekretär“ einzufügen: „dem Redakteur und vier Beisitzern.“ Im Absatz 6 hinter „Der Vorstand hat“ einzufügen: „sämmliche Verbandsgeschäfte zu leiten.“

Es werden wiedergewählt als erster Vorsitzender Schumann, als zweiter Alldorf, als Sekretär Schulzki, als Kassier Kapler, sämmlich einstimmig, ebenso als Redakteur Dreher. Der Sitz des Verbandes bleibt Berlin, die Preschkommission behält Nürnberg, als Obmann wird

Bauernfeind wiedergewählt. Als Sitz des Ausschusses werden vorgeschlagen Magdeburg (Lübcke) und Hamburg (Wöhl). Gewählt wird mit großer Mehrheit Magdeburg; Lübcke ist also künftighin Obmann.

Die nächste Generalversammlung findet statt in Mainz im Jahre 1905 zwischen Ostern und Pfingsten, an einem Sonntage beginnend.

Den unbesetzten Beamten, dem Ausschuss- und dem Preschkommissionsobmann wird für die verfloßene Geschäftsjahr eine Entschädigung von je 50 Mk. gewährt.

Punkt 11. „Gewerkschaftskongress“, wird als erledigt angesehen.

Hierauf wird die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Hamburg, 16. April.

Von Thrt ist folgende Erklärung schriftlich abgegeben:

„Die Erklärung der Hamburger Delegirten ist insoweit falsch, daß mir von einem Beschlusse der Distriktsbeamten, Sektionsleitungen und Vertrauensleute nichts bekannt ist in meiner Sache. Deshalb ersuche ich, die Erklärung wieder zu berichtigen.“

Die Erklärung wird durch Kenntnisaufnahme erledigt.

Es folgt die Verathung der Anträge zum Statut und zwar zunächst derjenigen Paragrafen, welche die Zugehörigkeit zum Verbands und die verschiedenen Unterstellungen, sowie die Höhe des Beitrages behandeln.

Die Debatte dreht sich namentlich um die Erhöhung des Beitrages und die Formen der Unterstüßung; es sprechen außer dem Kommissionsberichterstatter Vender-Magdeburg eine große Anzahl Delegirter, welche die verschiedenartigen, zum Theil weit auseinandergehenden Vorschläge machen.

Die Abstimmung ist eine namentliche über die Fragen der Beitragserhöhung und der obligatorischen Einführung der Krankenunterstüßung.

Angenommen werden folgende Anträge:

Zu § 1. Im Absatz hinter „und hat den Zweck“ einzufügen: „die Ehre.“ — Zu § 2. Es soll statt Keilgescheit ein Ortsgeheim von 2 bis zu 10 Mt. im Jahre gewährt werden. — Zu § 3. Im Absatz 1 soll die spezielle Aufführung der Branchen getilgt werden, in Absatz 6a der Satz von „oder“ bis „Rechnung.“ — Zu § 4. Der wöchentliche Beitrag beträgt nach namentlicher Abstimmung für männliche Mitglieder 40 Pf., für weibliche Mitglieder 20 Pf., unter Hinweisfall der Widerstandsfondsmaße. — Zu § 5. Die Krankenunterstüßung wird obligatorisch eingeführt für die Zahlstellen mit weniger als 1000 Mitgliedern, welche dann fünfzig vSt. der Einnahmen abzuführen haben; den größeren Zahlstellen wird die selbstständige Regelung überlassen; sie haben 50 vSt. abzuführen. Die Unterstüßung beträgt:

nach 1 Jahre 8 Mt. auf 4 Wochen
"   2   "   4   "   5   "
"   3   "   5   "   6   "
"   4   "   6   "   7   "

Die Arbeitslosenunterstüßung bleibt in der alten Form, doch wird eine neue Stufe, „nach 10 Jahren 9 Mt. auf 8 Wochen“, eingeführt. Für alle am Orte in Betracht kommenden Unterstellungen ist die Genehmigung des Hauptvorstandes erforderlich. Die Frage der Wittwen- und Waisenunterstüßung wird dem Vorstande zur weiteren Prüfung überwiesen. — Zu § 6. In Absatz 3 hinter „Zuschuß für“ zu setzen: „Frau und Kinder;“ sodann anstatt „14 Jahren“ zu setzen: „15 Jahren.“ — Zu Absatz 4 die Einleitung zu streichen und zu setzen: „Für die ersten 3 Streiftage wird keine Unterstüßung gezahlt.“ — Zu § 7. Im § 7 einzufügen: „Gemeinschaften-Unterstüßung wird nur bis zur Dauer von 13 Wochen gewährt. In besonderen Fällen hat der Zentralvorstand das Recht, die weitere Zahlung von Gemeinschaften-Unterstüßung bis zur 26. Woche zu bewilligen, wenn dies von der betreffenden Ortsverwaltung beantragt wird.“ — Zu § 13. Dem § 13 ist folgende Fassung zu geben: „Zur Kontrolle der Verbandskasse müssen von den Verwaltungsstellen desjenigen Ortes, an welchem der Verband seinen Sitz hat, drei Revisoren gewählt werden.“ Sodann hinter „veröffentlichen“ einzufügen: „Die Revisoren haben über das Ergebnis jeder Revision dem Vorstand und Ausschuss Bericht zu erstatten.“ — Zu § 15. In Absatz 3 anstatt „Bei der Wahl der Beisitzer soll“ zu setzen: „müß auf die Hauptbranchen möglich.“ — Zu § 17. In Absatz 8 hinter „festgelegt“ den Satz einzufügen: „Verwaltungsstellen, welche höhere als im Statut festgesetzte Beiträge erheben, können bis zu 4 Mt. pro Mitglied als Bestand am Orte behalten.“ — In Absatz 4 als Theil 8 einzufügen: „3. Das Betreiben der örtlichen Agitation, sowie die Erledigung der ihr vom Vorstand überwiesenen Verbandsangelegenheiten.“ Dem Absatz 5 anzufügen: „Die Ortsverwaltung ist weiter verpflichtet, dem Vorstand über alle Maßnahmen agitorischer und organisatorischer Art, sowie über wichtigere Verwaltungsangelegenheiten mindestens einmal im Quartal eingehend Bericht zu erstatten.“ Dem Absatz 6 anzufügen: „Von den vereinnahmten Beiträgen haben die Ortsverwaltungen auf Verlangen des Vorstandes jeder Zeit 3 Konto-Zahlungen zu leisten.“ Dem Absatz 10 mit dem Absatz 9 zu verbinden und als neuen Absatz 10 folgendes einzufügen: „Bei Auflösung einer Verwaltungsstelle oder Anschließ derselben an eine andere Organisation verbleibt der Ortsfondsbestand sowie alle sonstigen Vermögensstücke Eigentum des Verbandes. Die mit der Geschäfts- und Kassenführung am Orte betrauten Personen haften dem Verbandsvorstande für richtige Ablieferung sämmlicher Vermögensbestände.“ — Dem § 17 anzufügen: „In jeder Verwaltungsstelle ist nur eine Kasse zu führen. Alle Einnahmen aus Beiträgen, Extrasteuern, Nebenabgaben von Vergütungen, Zellerwartungen und sonstige außerordentliche Einnahmen sind nur der Ortskasse zuzuführen und alle Ausgaben aus dieser zu bestreiten. Neben der Ortskasse dürfen besondere Fonds, Vergütungskassen etc. nicht geführt werden.“ Zu § 18 Resolution: Die Generalversammlung hält es für praktisch, daß die Gauleiter möglichst mit Mandat zu den Generalversammlungen delegirt werden. Von den Gauleitern muß eine besonders genaue Kenntniß der Lage und Verhältnisse in den einzelnen Orten der Wahlkreise vorausgesetzt werden. Dergleichen hält sie es für angebracht,

daß auch Ortsbeamten nach Möglichkeit Gelegenheit zum Besuche von Generalversammlungen gegeben wird. Im Falle einer Stichwahl haben die Gauleiter ohne Mandat auf der Generalversammlung zu erscheinen und haben daselbst Beratungsrecht. — In Art. 8 (Ältern) anstatt „8 Mart“ zu setzen; „10 Mart“ (auch für diese Generalversammlung). Resolution: Der Berechnung der Mitgliederzahlen zur Festsetzung der Wahlkreise sind die Abrechnungen der letzten beiden Quartale des abgelaufenen Geschäftsjahres zu Grunde zu legen. — Zu § 21. Den § 21 wie folgt abzuändern: „Beschwerden irgend welcher Art unter den Mitgliedern oder den Verbandsfunktionären sind zunächst beim Bevollmächtigten resp. Geschäftsführer anzubringen; derselbe hat diese der Ortsverwaltung zur Regelung zu unterbreiten. Beschwerden über die Ortsverwaltung sind an den Hauptvorstand zu richten. Ueber den Hauptvorstand steht den Mitgliedern das Beschwerde-recht beim Ausschuss zu.“

Es folgen „Diverse Anträge“. Davon werden angenommen:

**Berlin I.** In die Geschäftsordnung einzuschalten: „Einer außerordentlichen Generalversammlung stehen dieselben Befugnisse zu, wie der ordentlichen. Der Vorstand ist verpflichtet, eine solche einzuberufen, wenn der vierte Teil der Mitglieder des betreffenden Ortes es verlangt. Bei Ortsverwaltungen, welche über 1000 Mitglieder haben, muß auf schriftlichen Antrag von 250 eine Generalversammlung vom Vorstand in drei Wochen einberufen werden.“

**Berlin II.** Die Ortsverwaltungen der Orte, welche zu ihrer Mitgliederzahl Fensterputzer zählen, werden beauftragt, die Holzgebeten aufzufordern, eine Holzgebetenverordnung dahingehend zu erlassen, daß in öffentlichen Gebäuden, Warenhäusern, Fabriken etc. Fenster Oberlichte so eingerichtet werden müssen, daß sie beim Kleinigen sich nach innen öffnen lassen. Wo dies nicht durchführbar, darf die Reinigung nur mittels feststehender Rüstung oder mechanischer Leitern unter Benutzung von Schutzvorrichtungen ausgeführt werden.

**Dreher.** In die Agitationsaufgabe des Protokolls den schriftlichen Ausschussbericht nicht aufzunehmen.

**Reinmüller-Fürth (Resolution):** Die Post ist in der Lage, den 6 Uhr-Schalterdienst durchzuführen; die Generalversammlung erwartet bestimmt, daß dies geschieht.

**Schröder-Bremenhaven:** Schritte einzuleiten zum Zusammenfassen mit den verwandten Berufsorganisationen. (Hierzu bemerkt Schumann, daß demnach durch Abschluß eines Kartellvertrages mit dem Fabrikarbeiterverbande der erste Schritt auf diesem Wege geschehen werde.)

**Dreher:** Die Generalversammlung verpflichtet die Leitungen der Verwaltungsstellen, der Fortbildung der Mitglieder mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Alle Verwaltungsstellen sind verpflichtet, aus örtlichen Geldern Mittel zur Beschaffung von Bibliotheken auszuweisen. In jedem Orte müssen wenigstens die Protokolle der Verbandsgeneralversammlungen, die Vorstandsberichte und das Fachblatt gebunden vorhanden sein. Im Winter sollen Gewerbeordnung, Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherungsgesetz, sowie Stadtorgans Arbeitrecht vorhanden sein und auch gute Schriften über Gewerkschaftsbewegung, Nationalökonomie, Geschichte, Politik, Naturwissenschaft nicht fehlen.

Dem Vorstande zur Erödigung überwiesen werden die Anträge:

**Hamburg.** Dem § 4 des Rechtschuss-Reglements zufügen: „Mitglieder, welche diesen Bestimmungen nicht Rechnung tragen, kann für spätere Fälle der Rechtschuss verwelgt werden.“

**Hempel und Wagner-Hamburg** zum Streikreglement.

Dem § 2 Abschnitt 10 anhängen: „Im Allgemeinen kann die Zustimmung zum Streik nur gegeben werden, wenn: a) die Betriebe einen Vertrauensmann ernannt haben, b) mindestens die Hälfte der für den Streik in Betracht kommenden Beschäftigten organisiert sind, und c) vor jedem Streik eine Abstimmung herbeigeführt wird, welche ergeben muß, daß sich mindestens drei Viertel der Beschäftigten für den Streik erklären. In besonderen Fällen und über Ausnahmen entscheidet der Zentralvorstand nach vorausgegangener Verständigung mit der betriebsverwaltung.“

Schumann nimmt das Schlusswort; Die Arbeiten waren leider beschränkt durch bedauerliche persönliche Auseinandersetzungen. Das ist in einer aufstrebenden Organisation nicht ganz zu vermeiden. Was geschieht, geschieht immer nur im Interesse des Ganzen. Im Uebrigen ist sehr viel Erprobtes für den Verband geschaffen worden; künftig wird ein besseres Zusammenarbeiten aller Instanzen möglich sein. Wir verfügen über sehr gute Kräfte; das berechtigt zu dem Schlusse, daß unsere Organisation eine der besten werden muß und wird. 1896 waren wir knapp 6000, heute schon 26000. Es wird noch weit erfreulicher vorwärts gehen. Sorgen Sie in Ihrer Heimath dafür, daß nicht nur gewerkschaftlich getäpft wird, sondern daß auch angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen Aufklärung unter die Kollegen darüber getragen wird, daß sie wahre Volksvertreter in das Parlament zu senden haben, daß es gilt, mindestens das Hundert voll zu machen. — Nehner dankt weiter den Hamburger Kollegen für ihre vorbildliche Arbeit. Nach zwei Jahren müssen wir mit 60 000 Mitgliedern antreten können. Für uns giebt es nur ein „Vorwärts immer, Rückwärts nimmer.“

**Zur Lage der Königsberger Handlarsarbeiter.**

Auch in der Stadt der reinen Vernunft sind die Handlarsarbeiter durchaus nicht auf Rosen geteppelt. Vom frühen Morgen bis tief in die späte Nacht müssen sie im Interesse ihrer Chefs auf den Beinen sein. Von Rainen ist fast keine Rede und auch des Sonntags muß vielfach über die gesetzlich gestellte Zeit hinaus gearbeitet werden.

Dabei darf noch kein Kollege eine Miene verzehren, ein mißmuthiges Gesicht ist bei unseren Chefs schon ein Entlassungsgrund. Man soll es nicht glauben, aber es ist nur zu wahr, daß Königsberger Kaufleute eine neue und für diese Stadt eigenartige Kündigungskrist eingeführt haben. Die Firma Barack hat unter Anderem mit ihren Hilfsarbeitern stündliche Kündigung ausbedungen.

Dies ist natürlich nur zu dem offensichtlichsten Zwecke geschehen, die Kollegen in ständiger Angst vor dem Hinausfliegen zu erhalten. So steht denn das Gespenst der Arbeitslosigkeit den Kollegen stündlich vor Augen und treibt sie zur äußersten Anspannung ihrer physischen Kräfte. Einer will es dabei immer besser machen als der Andere und so entsteht ein tolles Wettrennen, bei dem jeder am liebsten Sieger bleiben möchte. Vor den Thüren stehen Hunderte von Arbeitslosen und sie warten schon darauf, wenn Einer hinausfliegt, um sofort, vielleicht noch für billigeres Geld, an dessen Stelle zu treten. Unter diesen Umständen wird so vieles ertragen, was sich sonst Niemand bieten lassen würde.

Die Packräume, in denen sich viele Kollegen tagsüber aufhalten müssen, entgehen nur in den seltensten Fällen den bescheidensten hygienischen Ansprüchen. Moderluft und Kreuzspinnen herrschen hier und der Wind pfeift nicht selten durch handbreite Ritzen in der Wand. Daß alle möglichen Bakillen ihre Brutnester aufgeschlagen haben, wer will sich darüber wundern. Abends, wenn die Kollegen beim Abendhuhls aus diesen Löchern hervortreten, wie die wilden Thiere aus ihren Höhlen, dann ist es ihnen, den Kollegen, nicht den Thieren, noch gestattet, wie Packesel beladen, die Kundtschaft aufzusuchen, um die tagsüber gestaute Waare an Ort und Stelle zu bringen. Und am Sonntag, wenn die Chefs und was dazu gehört, Ausflüge machen, dann heißt es für die Hausdiener, die Faktoren, den Gepäckträgern Konfurrenz machen und Koffer und Schachteln, Pakete und Kartons zur Bahn bringen. Bei diesem ununterbrochenen Hasten, Tragen und Rennen geht natürlich mit der Gesundheit bald abwärts, die Unterernährung einer, die Leberarbeitung andererseits, sie tragen dazu bei, daß unsere Kollegen die staatliche Altersversicherung nicht in Anspruch zu nehmen brauchen.

Und die Löhne — die Löhne — von solchen zu reden ist eigentlich gar nicht angebracht. Trinkgeld sind es, die die Kaufleute für geleistete schwere Arbeit ihrer Hilfsarbeitern zahlen. Es giebt Kollegen, die sich schämen, zu erzählen, wieviel Lohn sie erhalten. Erwachsene Berufs-kollegen erhalten hier 11 bis 15 Mk. Wochenlohn. Kollegen, die 15 und 16 Mk. erhalten, das sind Ausnahmen und Leute, die gar 18 und 20 Mk. Wochenlohn beziehen, sind schon 20 bis 25 Jahre auf einer Stelle. Dabei kann sich natürlich keine Familie satt essen und es ist wirklich nicht zu verwundern, wenn sich der eine oder der andere der Kollegen mal aus Noth an fremden Eigentum vergreift. Schon im eigenen Interesse möchten deswegen die Kaufleute die Löhne ihrer Arbeiter wenigstens soviel aufbessern, daß diese den nothdürftigsten Lebensunterhalt bestreiten könnten.

Statt dessen erlegt man aber die älteren Leute ständig durch jugendliche Arbeitskräfte und wo nur irgend Laufburschen die Arbeit halbwegs verrichten können, stellt man solche ein. Diese entlohnt man dann mit 4, höchstens 7 Mk. pro Woche. Diese Entlohnung schließt auch für die jugendlichen Arbeitskräfte eine genügende Ernährung aus. Die Folgen dieser Unterernährung und Leberarbeitung bleiben natürlich nicht aus; die Tuberkulose stellt sich nach wenigen Jahren in dem ausgemergelten Körper ein.

Und im Alter! Da hält er recht Noth und Glend seinen Einzug. Alte Handlarsarbeiter kann Niemand gebrauchen, mögen sie zusehen, daß sie nicht verhungern. Dann zieht die Verweilung ein und mancher Kollege hat diesem traurigen Dasein schon durch den Strich ein Ende gemacht. So darf es nicht weiter gehen, Kollegen. So lange wir noch jung, im Vollbesitze unserer Kräfte sind, müssen wir uns zusammenschließen, um ein besseres Dasein zu erämpfen. Aus eigenem Antriebe werden unsere Prinzipale niemals unsere Arbeitszeit verkürzen oder die Löhne erhöhen, dazu müssen sie von der Organisation gezwungen werden. Das kann die Organisation aber nur, wenn Jhr. Kollegen, derselben als treue Mitglieder angehöret.

Es liegt deshalb in Eurem eigenen Interesse, Kollegen, nicht länger zu säumen, Jhr. könnt jederzeit im Verbandsbureau, Altschäferstraße 6, Euch in der Organisation aufnehmen lassen. Kollegen! Laßt die Wohnung nicht ungehört verfallen, rafft Euch auf, schüttelt die Gleichgültigkeit ab und laßt uns gemeinsam Hand in Hand bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpfen.

Unsere Arbeitgeber vereinen sich zu großen Verbänden, um ihr Recht zu verteidigen, ihre Interessen zu vertreten, thun wir das Gleiche, folgen wir dem gegebenen Beispiel, es kann nur unser Vortheil sein.

**Aus unserem Beruf.**  
**Fensterputzer.**

Die **Verbrechererschule** scheint das internationale Reinigungsinstitut Staehr & Co., Berlin, einrichten zu wollen. Nachdem diese Firma an Stelle der Streikenden sich Arbeiter in großer Zahl vom Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene geholt hatte, erläßt sie jetzt im Berliner Lokalanzeiger folgendes Inserat:

„Für unsere Jugendabtheilung benötigen 15—20 junge Leute im Alter von 16—20 Jahren, die sich dem Fensterputzhandwerk widmen wollen, bei einem Anfangslohn von 2 Mk. 250 pro Tag immerwährende Beschäftigung bis ins hohe Alter wird bei guter Führung und selbstverständlich steigendem Lohn zugesichert. Kesseltanten mit nur guten Papieren können sich in den Vormittagsstunden, Staehr & Co., Berlitz, 1718.“

Jugendliche Arbeiter werden also hier mit ausgebildeten Verbrechern zusammengeführt, sie sehen und hören naturgemäß nicht Gutes, lernen alle Schätze

Künste des Verbrechertums kennen und werden dann selbst zum Verbrecher.

Das ist geradezu himelmelkend. Wir fragen die Polizeibehörde, ob sie gewonnen ist, diesem skandalösen Zustande ein schnelles Ende zu bereiten?

Wird der Firma Staehr in dieser Beziehung nicht von Polizeiwegen schleunigst das Handwerk gelegt, dann wenden wir uns unverzüglich an die preussische Regierung, um sie zu fragen, ob sie geneigt ist, Unternehmern zu gestatten, die noch unverbundene Jugend des Volkes zu Verbrechern förmlich anzulernen. Wir werden diesen Zustand in den Parlamenten zur Sprache bringen lassen und die große Deffentlichkeit aufrufen, ob sie gewillt ist, es zu gestatten, daß Sitte und Moral von profitlirten Ausbeutern mit Füßen getreten werden, ob sie geneigt ist, die Jugend des Volkes systematisch moralisch vergast zu lassen, sie direkt in eine Verbrecherschule zu schicken, nur weil ein einzelner Unternehmer dies im Interesse seines Geldsacks für notwendig hält. Wir werden alles thun und nicht eher ruhen bis entweder die entlassenen Strafgefangenen oder die angelockte Jugend dem Staehr'schen Betriebe fernbleiben müssen.

**Auf den Einsparung** geht anheimend der Glasreinigungsinstitutsbesitzer Oswin Sommer-Nordhausen aus. Er annimmt nur Fensterputzer und verzahlt 20 Mk. Wochenlohn. Ein Kollege fuhr auf Grund einer solchen Annonce bei Sommer an und erhielt daraufhin folgendes Schreiben:

Auf Jhr. Gesuch betreffs Stellenangebot theile Ihnen mit, daß ich nicht abgeneigt bin, Ihnen einzustellen, jedoch unter der Bedingung, mit 15,00 p. Woche und Vergütung der Herrsche. Durch Verzögerung der Annonce war ich bereits gezwungen, einen Theil meiner Arbeiten durch Andere ausführen zu lassen und bin auch selbst in der Lage, nächste Woche mitzuarbeiten. Wenn Sie noch darauf reflektiren, so müssen Sie Sonntag Abend da sein und werde ich für weiteres Sorge tragen. Logis von 2 Mk. an und Kost von 8 Mk. an. Arbeitszeit von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends. Bei zufriedenstellenden Leistungen kann ich Ihnen schließlich auch bei einem anderen Kollegen anbringen.

Achtungsvoll  
Oswin Sommer, Nordhausen, Friedrichstr. 6.

Die Kollegen wissen nun, wie sie sich gegenüber der Sommer'schen Annonce zu verhalten haben.

**Oswinbrück.** Raum ist hier die Verwaltungsstelle unseres Verbandes gegründet, so haben wir auch schon Erfolge aufzuweisen. Bei der Firma Aug. Ehrardt, Glasreinigungsinstitut, waren Lohnsindulgenzen ausgetrieben. Obgleich die Kollegen laut Statut auf Streikunterstützung noch nicht rechnen durften, entschlossen sie sich dennoch zum Kampfe auf eigene Gefahr. Im Jahre 1901 hatte Ehrardt die Löhne der Kollegen von 24 Mk. auf 22, 20 resp. 18 Mk. pro Woche reduziert. Dabei gab es eine geregelte Arbeitszeit absolut nicht. Wurde ein Kollege in der Werkstatt beim Frühstück getroffen, so holte ihn Herr Ehrardt heraus. Die Kollegen, welche bei dem Herrn in Logis waren, mußten auch das Brot von ihm beziehen. Dafür hatten sie 50 Pfg. zu bezahlen, während dasselbe Brot beim Bäcker nur 45 Pfg. kostete. Eines Nachts im Winter mußten die Kollegen die großen Teppiche der hiesigen Wein-Bohoga klopfen. Herr Ehrardt bekam dafür 20 Mk., den Arbeitern gab er nur 12 Mk., so hatte er denn im jähren Schummer 8 Mk., die Kollegen bei anstrengender Arbeit 8 Mk. verdient. So kam es denn, daß die Kollegen Herrn Ehrardt am 11. April einen neuen Contract vorlegten, bis Dienstag hatte Herr Ehrardt Bedenken. An diesem Tage erfolgte die einmüthige Ueberlegung der Arbeit. Herr Ehrardt bemühte sich nun in Essen, Münster und anderen Städten um Streikbrecher. Das Ergebnis seines Strebens waren genau 2 Mann. Nun sah sich Herr Ehrardt zu Unterhandlungen gezwungen. Vereinbart wurde: Verheirathete Kollegen bekommen 24 Mk. Lohn, ledige Kollegen, die nachweisen können, daß sie bereits zwei Jahre gepuzt haben, erhalten 22 Mk. Junge ungeübte Leute werden mit 16 Mk. eingestellt, erhalten nach 2 Monaten 18 Mk. und dann jedes weitere halbe Jahr 1 Mk. Zulage bis 22 Mk. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 6 bis 6 Uhr, Raufen 1/2 Stunde frühstück, 1 1/2 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Vesper. Im Winter von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, 1/4 Stunde frühstück, 1 Stunde Mittag. Für Hauswäscher wird 10 Prozent vergütet. Ueberstunden werden mit 50 Pfg. bezahlt. Fußböden bohren 60 Pfg. die Stunde. Nun gilt es am Verbande festzuhalten, damit das Ertrugene nicht verloren geht.

**Handlarsarbeiter.**

Eine „Kapitalanlage“ für einen Hausdiener bietet folgende Annonce in der „Berliner Morgenpost“ vom 7. April cr.:

Besserer Hausdiener, 900 Markion, p. sofort verlangt, S. 55\* Morgenpost, Saiganyplaz.

Es ist wirklich erstaunlich, was alles verlangt wird. Dieser Arbeitgeber scheint wirklich zu glauben, daß man beim Hausdiener noch Millionär werden kann, à la America oder sucht er vielleicht einen sogenannten „Femini-Beitler“, welcher zum Vergnügen Hausdiener spielen soll?

**Berlin.** Arbeitsnachweis. Bericht für das I. Quartal 1903: Arbeitslos waren am Schlusse des Jahres noch 94 Kollegen. Im Laufe des I. Quartals meldeten sich neu 880 Kollegen, zusammen 974 Stellenlos. Die Menge meldeten vertheilt sich nach Berufen wie folgt: Hausdiener, Bäder, Radfahrer und Fahrtstuhlführer 196, Kutsher oder Branchen 79, Expeditions- und Lagerarbeiter 27, Mineralwasser-Arbeiter 3, Lauf- und Arbeitsburschen 75, zusammen 880.

Gemeldet wurden 470 Stellen für fest und 145 Stellen zur Ausschüffe. Nach Branchen wurden verlangt: Hausdiener, Bäder, Radfahrer und Fahrtstuhlführer 311, Kutsher 118, Expeditions- und Lagerarbeiter 125, Mineralwasserarbeiter 15, Lauf- und Arbeitsburschen 51,

Beseht wurden 181 Stellen für fest und 119 Stellen zur Ausbülfe. Besteht Stellen nach Branchen: Hausdiener, Bader, Radfahrer und Fahrbühlführer 182, Kutscher aller Branchen 40, Expeditions- und Lagerarbeiter 80, Mineralwasserarbeiter 3, Kauf- und Arbeitsburschen 15, zusammen 300 besetzte Stellen.

Am Schluß des Quartals blieben noch arbeitslos 57 Kollegen.

**Kiffingen.** Unser Kurort rüstet schon eifrig zum würdigen Empfang der „Edelsten und Besten der Nation“. Es kommen Gäste aus aller Herren Länder, um sich im Schweiß ihres Angesichts — von ihren Strapazen zu erholen — indem sie hier ihr „sauer verdientes Geld“ verdienen. Voriges Jahr wurde schon in dieser Zeit auf die ganz miserable und traurige Bezahlung — unserer Kollegen — der Hausdiener in Kiffingen auf Grund städtischer Erhebungen hingewiesen. Nun hat genannter Artikel voriges Jahr wohl eine plötzliche Erregung — bei den höheren Herrn — hervorgerufen, diese hat sich aber gleich wieder gelegt. Daß aber heuer dem verehrlichen Stadtmagistrat und Kurverein die menschenunwürdige Lage unserer Kollegen nicht in Vergessenheit kommt, wollen wir dieselben in mehreren Artikeln auf dem Laufenden erhalten. Wir werden dann in der Hochsaison die sämtlichen Artikel zu einem Fingblatt vereinigen und dasselbe in mehreren Tausend Exemplaren in Kiffingen von Haus zu Haus verteilen. Nachdem alle Eingaben und Vorstellungen unserer Kollegen bei der Behörde nicht genügt, müssen wir heuer etwas deutlicher werden, vielleicht geht es dann besser. In diesem Jahre muß den Kurgästen schwarz auf weiß zu Gemüte geführt werden, wie traurig die Bezahlung unserer Kollegen ist. Die Hoteliers und Villenbesitzer verdienen während der Saison soviel, daß sie während des Winters ein beagliches Dasein führen können. Anders beim Hausdiener, dieser hat während der Saison zu wenig zum Leben und zuviel zum Sterben, in Folge dessen ist er gezwungen, während des Winters Hunger zu leiden, daß ihm die Schwarten trafen. Diese Leute wären herzlich zufrieden, wenn sie den Verdienst eines Magisters oder Erdarbeiters hätten, dafür würden sie mit größtem Vergnügen ihre jetzige Bezahlung hergeben. Wie traurig muß doch die Lage dieser Leute sein, indem sie sich bloß den Verdienst eines Magisters tagelöhners wünschen? Letztere leben bei uns in Kiffingen doch gewiß nicht so fett. Es ist fast unglücklich, daß im 20. Jahrhundert — in einem Kurort wie Kiffingen — die Diener der reichen Kurgäste ein reines Hunger- und Elendenleben führen müssen. Voriges Jahr ist es vorgetommen, daß eine russische Familie — nach vierwöchentlichem Aufenthalt — dem Diener großzügig 50 baare Fennige in die Hand drückte. Der Diener hatte für eine derartige fürstliche Bezahlung — pro Tag 1/4 Pf. — kein Verhältniß, und protestierte dagegen. Die Familie beschwerte sich beim Herrn Bürgermeister, König. Hofrath Fruchtsch und darauf wurde dem Diener die Antwort, 20 Pf. sei auch ein Trinkgeld. Sehr richtig! Und was für ein? Wir sind der unmaßgeblichen Meinung, daß die Ruffen, welche während vier Wochen dem Diener bloß 50 Pf. zahlen können, zu Hause bleiben sollen. In den nächsten Artikeln werden wir näher auf die Bezahlung, Behandlung Schlafräume zc. dieser Diener im Weltbad Kiffingen näher eingehen.

Für heute wollen wir bloß noch dem Herrn König. Hofrath Fruchtsch die Frage vorlegen: Hat der verehrliche Stadtmagistrat Kiffingen Kenntnis davon, daß die Hausdiener jetzt schon von früh bis in die späte Nacht hinein arbeiten müssen, ohne irgend einen Fernig Vergütung? Ferner daß die größte Mehrzahl überhaupt keine Bezahlung erhält und noch von den sogenannten Trinkgeldern Kleider, Eisen, Wäsche zc. bestreiten müssen? Wenn ja, glaubt dann der Stadtmagistrat Kiffingen, daß 20 Pf. in diesem Falle ein genügendes Trinkgeld ist? U. U. w. g.

**Leitergerüstbauer.**

**Berlin.** Am Sonnabend, den 18. April 1903, verunglückte unser Kollege Conrad Bartels, welcher bei der Firma Junke & Co. in Arbeit stand, dadurch, daß derselbe bei der Anfertigung eines leeren Stiebes und zwar bei der Festschraubung einer Leiter einen Fehltritt that und infolgedessen von 14 Meter Höhe in die Tiefe stürzte. Conrad Bartels war erst kurze Zeit verheiratet. Er erlitt durch den Sturz einen Schädelbruch und andere schwere innere Verletzungen, an deren Folgen derselbe nach wenigen Stunden verstarb.

**Transportarbeiter.**

**Berlin.** Unser Mitglied, der 24jährige Kolltuscher Rudolf Müller aus der Behnstr. 20, welcher bei der Firma Warz & Co., Klosterstraße 45, beschäftigt war, hat am Donnerstag, den 16. April, bei der Ausübung seines Berufs einen schweren Unfall erlitten, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Müller hatte den Auftrag, der Firma Nolte Zahn & Co., Neue Friedrichstr. 43, gebrochene Güter zu verladen, welche im 3. Stock des Seitenflügels lagerten. Da diese zunächst mittels des Fahrstuhls nach dem Hof befördert werden mußten, öffnete er ein am Fahrstuhlschacht befindliches Fenster, um dem Führer des Fahrstuhls zuzurufen, daß er mit dem Fahrstuhl kommen möge. Obwohl Müller in früheren Fällen wiederholt das Fenster zu diesem Zweck benutzt hatte, ist ihm dabei nichts passiert. Der Umstand, daß das Kontergewicht von 82 Zentner Schmere dicht am Fenster herabließ, und der Zufall, daß dasselbe in dem Augenblick, als er nach herunterblickte, das Fenster erreichte, ist es zuzuschreiben, daß ihm der Kopf fast vom Rumpf weggerissen wurde. Er gab nur einen einzigen Ausschrei von sich. Obgleich der Fahrstuhl sofort zum Stehen gebracht wurde, war an eine Rettung doch nicht mehr zu denken. Auch konnte der so schrecklich Verunglückte nicht so leicht hervorgezogen werden, da sich der Fahrstuhl festgefahren hatte. Es mußte die Feuerwehr alarmiert werden, und gelang dieser die Befreiung des toten Körpers erst nach langer Zeit, nachdem ein Teil der Wand ausgedrohen war. Die Leiche wurde dann später nach dem Schauhaufe überführt. Die Beerdigung fand am Sonntag, den 19. April statt, und zwar unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen von Warz & Co. sowie vieler anderer

Verbandskollegen. Die Beteiligung wäre noch stärker gewesen, wenn nicht das herrschende Unwetter so viele Kollegen zurückgehalten hätte.

**Die Mülltuffler der Abfuhrgefellschaft „Triefetau“** Klefholzstraße, hatten schon seit geraumer Zeit unter einer unverhältnismäßig langen Arbeitszeit, 14 bis 15 Stunden täglich, zu leiden. Vom 8. April ab sollte das Arbeitspensum trotzdem noch erhöht werden, indem die Kutscher anstatt der bisherigen zwei Führer täglich drei machen sollten. Hiermit waren die Kutscher, die zum Teil dem Handels- und Transportarbeiter-Verbande angeschlossen sind, aber nicht einverstanden und wählten eine Kommission, die bei der Geschäftsleitung um Zurücknahme der neuen Anordnung vorstellig wurde, widrigenfalls sie die einmütige Arbeitsunterbrechung sämtlicher Kutscher in Ausübung der Bestimmung bereit und haben demzufolge die Kutscher auch in Zukunft nur die bisher üblichen zwei Führer per Tag zu machen.

Das 8. Führersystem sollte auch in den Betrieben der Wirtschaftsgenossenschaft, Staubschlag, und Herrmann Schüller eingeführt werden. Entsetzlicher Weise haben sich die Kollegen Mülltuffler, angesichts dieser drohenden Gefahr, ihrer Macht erinnert, auf Grund welcher sie seiner Zeit ihre Lage erheblich verbessert haben; das ist die Organisation. Ein großer Teil hat sich sofort unserem Verbande wieder angeschlossen, und im übrigen ist eine rege Bewegung unter den Kutschern entstanden, durch welche hoffentlich wieder eine stramme Organisation in ihren Reihen herbeigeführt wird. Auf Grund dieses Vorgehens ist das 8. Führersystem bis heute noch nicht zur Tat geworden und wird es auch in Zukunft nicht werden. Wieder ein schlagender Beweis für den Wert und die Notwendigkeit unserer Organisation.

**Zu Eberfeld** ist der Streik in voriger Woche proklamiert worden. In den Expeditionsgefellschaften erfolgte die Arbeitsunterbrechung nahezu einmütig. Eine Anzahl Kollegen, welche des Morgens angepannt hatten, schlossen sich im Laufe des Vormittags den Unzufriedenen an. Bei der Firma Hofferbach zeigte der Streikbrecher-Verein — pardon Führerverein — sich in ganzer Glorie. Aber Mann dieser Arbeiter mußten ja nun als Klausner einspringen. Es wird nichts nützen!

Die Forderungen der Kutscher und Fuhrleute haben bewilligt resp. eine Einigung erzielt: Konsum-Verein „Befreiung“ erkennt den ganzen Lohnstarif an, läßt eine Stunde weniger arbeiten als gefordert wird. Firma Seibel, Breitenstraße, mit circa 40 Pferden und 80 Mann, Bergische Kleinbahn 8 Pferde und 6 Mann, Firma Möller 12 Pferde und 6 Mann, Firma Scheuermann 8 Pferde und 4 Mann, Firma Linnert 6 Pferde und 12 Mann, Firma Schult 12 Pferde und 10 Mann. Mit einer Anzahl Firmen, darunter die bedeutendsten, schweben Unterhandlungen. Die Haltung der Streikenden ist musterhaft.

Den letzten Nachrichten zufolge steht die Bewegung sehr günstig, mehrere Firmen haben noch bewilligt.

Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

**Eberfeld.** Zu einer Arbeitsunterbrechung kam es kürzlich bei der Firma Wörth. 43 Fuhrleute verweigerten die Arbeit, nachdem am Tage vorher durch die Vertrauensleute Herrn Wörth die bescheidenen Wünsche der Fuhrleute (Erhöhung des Lohnes von 18 auf 21 Mark per Woche) vorgetragen worden und Herr Wörth erklärt hatte, nicht mehr bezahlen zu können. In Mitleidschaft gezogen waren 18 städtische Anstalter, welche sich trotz mehrfacher Aufforderung des städtischen Verwalters nicht bequemen konnten, die Pferde anzuspinnen. Die Lohnkommission, welche zur Stelle war, wurde zur Unterhandlung nicht zugelassen, dagegen ein Wächmeister, der den Fuhrleuten empfahl, dem Versprechen des Herrn Wörth Glauben zu schenken und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Antwort der Fuhrleute war ein einmütiges „Nein“. Der Herr Wächmeister hätte wissen müssen, daß zwischen Fuhrleuten und Polizeibeamten ein gespanntes Verhältnis besteht infolge des oft unbedingten Protokollregens. Also auch die Autorität der Uniform zog nicht. Zu Streikbrechern wurden die bei Wörth beschäftigten nicht organisierten Schmiede, Sattler, Stellmacher und drei Italiener aus Herrn Wörths Steinbruch. Die jungen Leute, die bei Wörth wohnen, wurden geradezu in den Stall gepörrt. Frau Wörth gab sich alle erdenkliche Mühe, die Leute zur Arbeit zu bewegen. Als dann gegen 8 Uhr die Erklärung des Herrn Wörth die Kunde machte, er bewillige sofort 20 Mk., nach einem halben Jahre 21 Mk., empfahl die Lohnkommission, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Soweit hätte die Lohnkommission richtig kalkuliert, jedoch ohne an die Nachgelüste des Herrn Wörth zu denken. 22 Kollegen, darunter die 6 Vertrauensleute, sollten der kapitalistischen Wuth zum Opfer fallen. Sofort wurde ein weiterer Aufruf proklamiert, und zwar so lange, bis die Gemahregelten wieder eingestellt sind. Diese weitere Arbeitsunterbrechung wurde überflüssig. Herr Wörth, aus Rathhaus zieht, erklärte sich bereit, sofort 15 bis 17 Mann, die übrigen im Laufe der Woche einzustellen, was bis auf 2 Mann bereits gesehen ist. Die Regelung der Lohn- zc. Verhältnisse soll Gegenstand einer weiteren Konferenz im Rathhause sein. Auf den Kontrakt, den Herr Wörth mit der Stadt abgeschlossen hat, kommen wir später zurück. Sache der Fuhrleute bei Wörth wird es sein, den Verband zu fräitigen, die noch rückständigen Mitarbeiter, auch wenn es Schmiede, Stellmacher, Sattler sind, zu organisieren, damit bei einer weiteren Eventualität alle Arbeiter des Betriebes einig sind.

**Oeffentliche und Mitglieder- Versammlungen.**

**Hawisch.** Am Sonntag, den 15. März, fand eine ziemlich gut besuchte öffentliche Versammlung unseres Verbandes statt. Kollege Senf-Breslau sprach über: Wie erlangen wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Redner wies an Beispielen und statistischem Material in

längeren Ausführungen nach, daß nur durch Anschluß an die Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden können. Dieser Mahnung kamen einige der Anwesenden nach. Am Schluß der Versammlung ließen sie sich in den Verband aufnehmen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Spandau.** Oeffentliche Versammlung am 22. März. Kollege Gebert-Berlin sprach über das Thema: „Unser wirtschaftliche Lage“. Der Referent ging in der ausführlichsten Weise auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kutscher und Hausdiener im Allgemeinen ein und wies den Versammelten nach, daß in manchen Betrieben die beschäftigten Personen keine bestimmte Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen haben, daß die gesetzlichen Bestimmungen der Sonntagsruhe und des Neun- uhr-Lebenschlusses in den verdienstlichen Fällen von Seiten der Unternehmer nicht innegehalten werden, indem man die Arbeiter oft zwingt, hinter verschlossenen Thüren zu arbeiten, um die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen. Um allen diesen Mißständen entgegenzutreten zu können, ist es Pflicht jedes Spandauer Kutschers und Hausdieners, sich dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands anzuschließen, welcher innerhalb Deutschland 120 Verwaltungstellen besitzt, und wäre es notwendig, daß auch hier in Spandau eine Verwaltungsstelle angegründet wird. Dem Vortrage folgte eine lebhaft Diskussion. Alle Redner sprachen sich für Gründung einer örtlichen Verwaltungsstelle aus. Eine Anzahl Mitglieder traten dem Verbande sofort bei, wodurch eine Verwaltungsstelle gegründet werden konnte. Zur Belegung der Vorarbeiten bis zur nächsten Mitglieder-Versammlung wurde der Kollege Appoldt als Vertrauensmann gewählt und wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute tagende öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt an, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise immer größere Massen des Volkes in Noth und Elend treibt, und erldit in der Befreiung dieser Verhältnisse die Befreiung des arbeitenden Volkes und dieses kann nur geschehen dadurch, daß jeder Arbeiter sich seiner gewerkschaftlichen Organisation anschließt, welche für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintritt. Die Versammelten erklären sich bereit, dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands beizutreten und dahin zu wirken, daß auch in Spandau eine kräftige Organisation und Agitation entfaltet werde.“

**Steglitz.** In der außerordentlichen General-Versammlung referierte Kollege Gebert über „Arbeitslosen-Versicherung“. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Delegiertenwahl zur Generalversammlung vorgenommen und erhielt Kollege Brill (Charlottenburg) 24 Stimmen. Darauf trat Schluß der Versammlung ein.

**Ortsverwaltungs- Mittheilungen.**

**Cöln a. Rh.** Am Montag, den 4. Mai, Abends punkt 9 Uhr, findet eine wichtige Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Severinstraße, statt, in der unter Anderem der Bericht von der General-Versammlung in Hamburg gegeben wird. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.

**Mainz.** Am Sonntag, den 26. April, findet eine öffentliche Versammlung statt, in welcher wichtige Sachen verhandelt werden. Alle Mitglieder müssen daher erscheinen.

**Blauenfelder Grund.** Die Mitglieder werden zu der am 26. April, Nachmittags 3 Uhr, in Rumat's Restaurant in Deuben stattfindenden Versammlung eingeladen.

**Steglitz.** Am Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 3 Uhr, bei Schellhase, Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Im Namen der Delegierten zur 3. General-Versammlung erlauben wir uns den **Hamburger Kollegen** für ihre Mühe und Aufmerksamkeit, sowie für die herzliche Aufnahme, die alle Teilnehmer an der General-Versammlung in Hamburg gefunden, an dieser Stelle nochmals den **herzlichsten Dank** auszusprechen.  
**Der Zentral-Vorstand. Die Redaktion.**

**Änderungen im Versammlungs-Anzeiger.**

**Cöln a. Rh.** Allgemeine Versammlung jeden 1. Montag im Monat, Abends punkt 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Severinstr., vord. tl. Saal.  
— Sektion der Hausdiener und Bader. Jeden Montag Abends punkt 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, vorderer tl. Saal.  
— Sektion der Feinreißer. Jeden Samstag Abends punkt 9 Uhr, bei Lipp, Kl. Griechenmarkt.

**Sterbetafel des Verbandes.**

Gestorben sind:

In Berlin die Kollegen **Paul Dietrich, Rudolf Müller** und **Conrad Bartels**,  
In Bremerhaven die Kollegen **Heinrich Höde, Wilhelm Hein** und **Marx. Zehris**,  
In Halberstadt der Kollege **C. Dder.**,  
In Wilmshausen der Kollege **Wihl. Hartmann**.  
Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Verantwortl. Redakteur und Verleger: C. Kähler, Kirchof.  
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin S., Luisen-Ufer 11.